



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Geschäftsbericht des Bundesrates 2021

Band II

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 2673-2815
Verfügbar auf: www.bk.admin.ch
www.bundespublikationen.admin.ch

22.001 / II

Geschäftsbericht des Bundesrates 2021 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 16. Februar 2022

Einleitung	2
Bundeskanzlei.....	3
Departement für auswärtige Angelegenheiten	7
Departement des Innern.....	14
Justiz- und Polizeidepartement.....	21
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	27
Finanzdepartement	32
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	40
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	46

Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates. Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert. Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen. Der Zielerreichungsgrad wird wie folgt bestimmt:

<i>Realisiert:</i>	Alle Massnahmen eines Ziels sind realisiert.
<i>Überwiegend realisiert:</i>	75 % und mehr der Massnahmen sind realisiert.
<i>Teilweise realisiert:</i>	25–74 % der Massnahmen sind realisiert.
<i>Nicht realisiert:</i>	Weniger als 25 % der Massnahmen sind realisiert.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2021 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1 Departementsübergreifende Koordination

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) gemeinsam entwickelte digitale Lösung für die Erhebung der Informationen und die Redaktion der politischen und finanziellen Planungs- und Rechenschaftsberichte des Bundesrates ist bis Ende 2021 implementiert.**

Mit der von der Bundeskanzlei (BK) und der EFV gemeinsam entwickelten Datenbank konnte die Erhebung und Verarbeitung der Informationen sowohl für die politische als auch die finanzielle Planung neu digital erfolgen. Am 18. August 2021 hat der Bundesrat seine Ziele 2022 erstmals zusammen mit der Botschaft zum Voranschlag 2022 mit IAFP 2023–2025 verabschiedet.

- ▶ **Die Planung für die Umsetzung der Empfehlungen aus der Auswertung des Krisenmanagements des Bundes während der Covid-19-Pandemie ist bis Ende Juni 2021 abgeschlossen.**

Die Umsetzung der Empfehlungen wurde an der Generalsekretärenkonferenz (GSK) vom 29. März 2021 lanciert. Die BK und die Departemente haben im Sommer über den aktuellen Stand informiert. Dieser sowie das geplante weitere Vorgehen wurden in einer Informationsnotiz (16. August 2021) an den Bundesrat festgehalten.

- ▶ **Die Gesamtplanung grosser Übungen für 2021–2029 wird bis Ende Juni 2021 abgeschlossen. Erkenntnisse aus der Auswertung des Krisenmanagements des Bundes in der Covid-19-Pandemie sind berücksichtigt. ***

Der Bundesrat hat am 11. Juni 2021 die Gesamtplanung grosse Übungen 2021–2029 genehmigt und die BK sowie das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) in Zusammenarbeit mit dem Delegierten des Sicherheitsverbunds Schweiz (SVS) mit der Umsetzung beauftragt. Die Gesamtplanung ist in drei Phasen gegliedert: I. Nachbereitung Krisenbewältigung Covid-19 Pandemie (2021–2024), II. Durchführung integrierte Übung 2025 und III. Konzept für kleinere, thematisch fokussiertere Übungen mit ausgewählten Teilnehmenden (2026–2029).

- ▶ **Die Prozesse bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen sind bezüglich möglicher Risiken – namentlich in ausserordentlichen Lagen – überprüft, und notwendige Massnahmen sind unter Einbezug der Kantone bis Ende 2021 definiert.**

Die mit den Kantonen initiierten Arbeiten werden im Rahmen der Umsetzung der Motion Rieder 20.3419 «Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft» fortgeführt. Mit dem Beschluss vom 10. Juni 2021 hat der Nationalrat als Zweitrat diese Motion angenommen. Damit wurde der Bundesrat unter anderem beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um die Ausübung der demokratischen Rechte auf allen staatlichen Ebenen unter Wahrung des Föderalismus auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Das Verschieben von Volksabstimmungen und Wahlen sowie der Stillstand von politischen Fristen sollen in einem ordentlichen Bundesgesetz geregelt werden.

Ziel 2

Innovative und glaubwürdige Kommunikation

Realisiert

- ▶ **In Umsetzung der Empfehlung der GPK-N wird dem Bundesrat bis Ende Juni 2021 ein Vorschlag über die Schaffung eines audiovisuellen Zentrums unterbreitet, welches gewisse Querschnittsaufgaben übernehmen und Leistungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für die Bundesverwaltung erbringen kann.**

Am 12. Mai 2021 hat der Bundesrat die Strategie «Soziale Medien» verabschiedet und die Leitlinien zur Kenntnis genommen. Er hat die BK beauftragt, ab 1. Januar 2022 ein audiovisuelles Zentrum zu schaffen, welches Dienstleistungen für den Bundesrat (inkl. Bundespräsidium), seine Mitglieder und die Generalsekretariate der Departemente erbringt. Der Bundesrat hat am 23. Juni 2021 den dafür nötigen personellen Mehrbedarf genehmigt. Die GPK-N wurde am 23. Juni 2021 informiert. Je nach Umsetzung der vom Parlament beschlossenen Personalkürzung durch die Departemente kann das audiovisuelle Zentrum vollständig oder nur teilweise realisiert werden.

- ▶ **Strategie und Leitlinien «Soziale Medien» sind mit der Konferenz der Informationsdienste (KID) verabschiedet. Der Bericht des Bundesrates an die GPK-N liegt bis Ende März 2021 vor.**

Am 12. Mai 2021 hat der Bundesrat die Strategie «Soziale Medien» verabschiedet und die Leitlinien zur Kenntnis genommen. Die Medienarbeit und die Öffentlichkeitsarbeit auf den Webseiten wird mit dieser Strategie nicht abgelöst. Die Arbeit in den sozialen Medien ist eine zusätzliche Aufgabe (vgl. dazu die Ausführungen zur vorstehenden Massnahme).

Ziel 3

Digitale Transformation

Teilweise realisiert

- ▶ **Der neue Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung (DTI) ist reorganisiert, und das neue Lenkungs-Modell für die Digitale Transformation und die IKT in der Bundesverwaltung ist bis Ende 2021 etabliert. ***

Die Reorganisation des Bereichs DTI ist abgeschlossen. Der Bereich ist entlang seiner Hauptaufgaben organisiert: Interoperabilität sicherstellen, gemeinsame Standarddienste bereitstellen, für die Digitalisierung wichtige Dienstleistungen erbringen (bspw. gemeinsame Beschaffungen) und Aufgaben der Digitalen Schweiz im Zusammenspiel mit den Akteuren innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung koordinieren. Im Rahmen des neuen Lenkungsmodells wurden unter anderem ein Bundesratsausschuss Digitalisierung und IKT geschaffen, Beiratstreffen Digitale Schweiz durchgeführt, der neue Digitalisierungsrat Bund etabliert und die Rolle der Generalsekretärenkonferenz (GSK) in der Digitalisierung gestärkt.

- ▶ **Die BK hat die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit der IKT-Standarddienste bis Ende 2021 geprüft.**

Die BK hat ein externes Assessment mit Vertreterinnen und Vertretern aller Departemente und Verwaltungseinheiten durchgeführt, um ein umfassendes Bild über das Führungsmodell für die Standarddienste zu erhalten. Das Assessment zeigt, dass die Standarddienste als zweckmässig beurteilt werden. Die mit den Departementen erarbeiteten Massnahmen werden schrittweise umgesetzt.

- ▶ **Der Bundesratsausschuss Digitalisierung ist bis Mitte 2021 etabliert. Der Anpassungsbedarf der Strategie Digitale Schweiz ist identifiziert, und wird dem Bundesrat bis Ende 2021 zur Kenntnis gebracht.**

Der Bundesratsausschuss Digitalisierung und IKT befasst sich auf der strategischen Ebene mit der digitalen Transformation und IKT-Lenkung der Bundesverwaltung. Er setzt sich zusammen aus den Vorstehern von EFD (Vorsitz), WBF und EDI sowie dem Bundeskanzler. 2021 traf sich der Bundesratsausschuss zu vier Sitzungen zu den Themen E-ID, Gesundheitswesen, Föderalismus, Cloud-Dienste sowie elektronische Behördenschnittstellen. Auch der Anpassungsbedarf der Strategie Digitale Schweiz wurde diskutiert. Der Bundesrat hat diesen 2021 noch nicht zur Kenntnis genommen, da sich die Ausarbeitung aufgrund der Neuausrichtung des Bereichs DTI leicht verzögert hat.

- ▶ **Die Publikation der Erläuterungen zu wichtigen Verordnungen auf der Publikationsplattform ist eingeführt, und die noch nicht in Kraft gesetzten Bestimmungen der Änderung vom 26. September 2014 des Publikationsgesetzes treten bis spätestens Ende 2021 in Kraft.**

Der Bundesrat hat am 10. November 2021 beschlossen, die noch nicht in Kraft gesetzten Bestimmungen der Änderung vom 26. September 2014 des Publikationsgesetzes auf den 1. Juli 2022 in Kraft zu setzen. Auf den gleichen Zeitpunkt wird er eine Änderung der Publikationsverordnung in Kraft setzen, mit der unter anderem die Pflicht zur Publikation der Erläuterungen zu wichtigen Verordnungen eingeführt wird. Die Verzögerung ist dadurch bedingt, dass die Schaffung der nötigen technischen Voraussetzungen im Rahmen der Modernisierung des Publikationssystems repriorisiert werden musste.

- ▶ **Bis im Frühjahr 2021 wird der Entscheid zur Durchführung eines Projektes zur Digitalisierung einzelner Abschnitte des Vernehmlassungsverfahrens (Projekt «E-Vernehmlassung») gefällt.**

Der Digitalisierungsrat Bund (DRB) hat im Frühsommer 2021 einen Grundsatzentscheid zur Digitalisierung des Vernehmlassungsverfahrens getroffen. Gemäss diesem Beschluss wird das GS-EDI eine Webanwendung entwickeln, mit der die Stellungnahmen über ein Webformular oder eine Anwendungsschnittstelle eingereicht werden können. Mit der Webanwendung soll zudem die Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen und die Erstellung des Ergebnisberichtes unterstützt werden. Parallel zur Entwicklung der Webanwendung wird die BK die Datenstandards zur eindeutigen Identifizierung und Beschreibung der Vernehmlassungen, der Vernehmlassungsteilnehmenden, der Vernehmlassungsunterlagen und der Vernehmlassungsantworten festlegen und die Anwendungsschnittstelle (API) für den Import und Export in die zentrale Vernehmlassungsdatenbank der Bundesrechtsplattform Fedlex bereitstellen.

- ▶ **Die strategischen und organisatorischen Grundlagen für das Kompetenzzentrum Sprachtechnologien sind bis Ende September 2021 etabliert, und der Betrieb ist aufgenommen.**

Das Kompetenzzentrum Sprachtechnologien hat seinen Betrieb aufgenommen. Es gewährleistet bundesverwaltungsweit den Support für die computerunterstützte Übersetzungsanwendung (CAT-Werkzeug: Transit NXT) und ist aktiv im Bereich der maschinellen Übersetzung sowie anderer sprachtechnologischer Anwendungen. Das Kompetenzzentrum nimmt damit seine Rolle als strategischer Gestalter der digitalen Transformation im Sprachbereich in der öffentlichen Verwaltung wahr.

- ▶ **Die rechtlichen Grundlagen der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) sind revidiert und bis spätestens Ende 2021 in Kraft gesetzt. Die Voraussetzungen für die Durchführung eines Bewilligungsverfahrens sind den Kantonen und dem Systembetreiber bekannt.**

Im Dezember 2021 hat der Bundesrat den Ergebnisbericht zur Vernehmlassung zur Umsetzung einer ersten Etappe der Neuausrichtung des Versuchsbetriebs (Teilrevision der Verordnung über die politischen Rechte [VPR] und zur Totalrevision der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe [VEleS]) zur Kenntnis genommen. Er hat die BK beauftragt, die VPR zu finalisieren und ihm bis Ende Juni 2022 vorzulegen. Gleichzeitig stellt die BK die Revision der VEleS fertig, so dass beide Verordnungen gleichzeitig in Kraft treten können. Parallel dazu arbeiten die BK und die Kantone an der Umsetzung der weiteren Massnahmen der Neuausrichtung und bereiten die Wiederaufnahme der Versuche vor.

- ▶ **Bis im Frühjahr 2021 ist die Schaffung einer Publikationsplattform für Petitionen aus staatspolitisch-institutioneller, rechtlicher sowie technischer Warte geprüft, dem Bundesrat ist Bericht erstattet und zum weiteren Vorgehen Antrag gestellt.**

Der Bundesrat hat am 3. Dezember 2021 beschlossen, künftig einzelne Angaben (Titel, Einreichungsdatum, Urheber/innen) zu Petitionen, die bei der BK eingegangen sind, zu veröffentlichen. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen einer bestehenden Datenbank.

- ▶ **Der Bundesrat hat bis Ende 2021 den Bericht «Mehr Sicherheit und Qualität in IT- und anderen strategischen Projekten dank Transparenz über Vorarbeiten» (in Erfüllung des Po. Vitali 19.4093) zur Kenntnis genommen. ***

Der Bericht in Erfüllung des Postulats Vitali 19.4093 wurde am 3. Dezember 2021 vom Bundesrat gutgeheissen. Durch die frühzeitige Festlegung von geplanten Grossprojekten in den Bereichen Digitalisierung und IKT als Schlüsselprojekte werden die Aufsichtskommissionen der Eidgenössischen Räte halbjährlich über den Inhalt und den Fortgang der Vorarbeiten informiert. Die bestehenden schriftlichen Informationsgefässe werden nötigenfalls um frühzeitige Informationen zu geplanten und laufenden Vorarbeiten ergänzt.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1 **Aussenpolitische Strategie 2020–2023: Umsetzungskonzepte liegen vor und werden wirksam umgesetzt**

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat eine geographische Folgestrategie für die Amerikas 2021–2024 und eine thematische Folgestrategie Rüstungskontrolle und Abrüstung 2021–2024 verabschiedet. ***

Die Entwürfe der beiden Folgestrategien wurden über die Bundesverwaltung hinaus breit konsultiert. Beide Geschäfte sind in der Finalisierungsphase, konnten im Berichtsjahr jedoch noch nicht vom Bundesrat verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat darüber entschieden, ob er die Weltausstellung 2025 in Osaka und die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024 in Paris für die Landeskommunikation nutzen will. ***

Der Bundesrat hat am 12. Mai 2021 entschieden, die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 in Paris und die Weltausstellung 2025 in Osaka für die Promotion der Schweiz zu nutzen.

- ▶ **Im Verhältnis zum Vereinigten Königreich hat der Bundesrat die Abkommen zur Sicherstellung bestehender Rechte und Pflichten umgesetzt, die er im Rahmen seiner Mind the Gap-Strategie abgeschlossen hat. Noch vorhandene Lücken hat er soweit möglich geschlossen. Zudem hat er Massnahmen zum Ausbau der bilateralen Beziehungen ergriffen (Mind the Gap Plus). ***

Seit dem 1. Januar 2021 werden sechs neue Abkommen mit dem Vereinigten Königreich angewandt. Sie betreffen die Gebiete Handel, Rechte der Bürgerinnen und Bürger, Luftverkehr, Strassenverkehr, Versicherungswesen sowie Mobilität von Dienstleistungserbringern. 2021 kamen drei weitere Abkommen hinzu (zugelassene Wirtschaftsbeteiligte, soziale Sicherheit, Polizeizusammenarbeit). Zudem wird seit dem 1. September 2021 eine Änderung des Handelsabkommens (neue Ursprungsregeln) angewandt. In den Bereichen Handel, Migration und Finanzdienstleistungen prüften die beiden Staaten einen möglichen Ausbau der Beziehungen; die entsprechenden Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

- ▶ **Das EDA hat seine Leitlinien Menschenrechte 2021–2024 verabschiedet.**

Die Leitlinien wurden verabschiedet und am 3. Juni 2021 publiziert.

Ziel 2

Die IZA-Strategie 2021–2024 wird wirksam umgesetzt

Überwiegend realisiert

- ▶ **Konzeptionelle Grundlagen für die Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA-Strategie) 2021–2024 sind erarbeitet, insbesondere im Hinblick auf die thematischen Schwerpunkte Arbeitsplätze, Klimawandel, Migration und Rechtsstaat.**

Die konzeptionellen Grundlagen wurden in allen Bereichen erarbeitet. Für den Schwerpunkt Migration zählen dazu die Verabschiedung der Arbeitshilfe «Migration als Prioritätsthema in der Schweizer IZA-Strategie 2021–2024» und die Aufgleisung migrationsrelevanter Projekte der DEZA, insbesondere in Subsahara- und Nordafrika. Für den Schwerpunkt Rechtsstaatlichkeit verabschiedete die DEZA die Grundlagendokumente «Leitlinien zur Rechtsstaatlichkeit» und die «Antikorruptionsleitlinien». Für den Schwerpunkt Arbeitsplätze schlossen die DEZA und die SIFEM eine Rahmenvereinbarung für das Engagement in herausfordernden Kontexten ab. Schliesslich wurde für den Schwerpunkt Klimawandel im Rahmen der interdepartementalen Koordinationsplattform zur internationalen Umweltfinanzierung (Plafico) eine gemeinsame Schweizer Position zu den Investitionen von multilateralen Entwicklungsbanken in fossile Energieträger erarbeitet.

- ▶ **Die Instrumente für das Engagement des Privatsektors zugunsten entwicklungspolitischer Ziele und zur Förderung des Privatsektors in Partnerstaaten sind weiterentwickelt.**

Ein Leitbild Privatsektor im Rahmen der Strategie für internationale Zusammenarbeit 2021–2024 und ein Handbuch zur Zusammenarbeit mit dem Privatsektor wurden verabschiedet. Erste ausgewählte Finanzinstrumente wurden angewandt und Schulungen für Mitarbeitende durchgeführt.

- ▶ **Der Bundesrat hat Beiträge an multilaterale Organisationen und internationale Finanzinstitutionen beschlossen, namentlich an vier UNO Organisationen (UNDP, UNICEF, UNFPA und UNWomen), den Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF), den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und die Globale Partnerschaft für Bildung (GPE). ***

Der Bundesrat hat am 24. Februar 2021 eine Schweizer Beteiligung von 24,8 Millionen Franken an der Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds beschlossen. Am 11. Juni 2021 entschied er, der Globale Partnerschaft für Bildung 52 Millionen Franken für die Jahre 2021–2025 zur Verfügung zu stellen. Schliesslich beschloss er am 30. Juni 2021, dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) 47 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen. Die Beiträge an die vier UNO Organisationen wurden aufgrund von angepassten internen Strategieprozessen aufgeschoben.

- ▶ **Die Kommunikation über die IZA ist gestärkt: Das Social Media-Konzept der DEZA ist erstellt und die institutionellen Accounts auf den verschiedenen Kanälen sind breit etabliert.**

Das Social Media-Konzept wurde erstellt und die institutionellen Konten (Twitter, Instagram, Facebook) sind eingerichtet. Erste Auswertungen der Nutzerzahlen zeigen, dass diese Instrumente die Kommunikation zur IZA stärken.

Ziel 3

Der bilaterale Weg ist erneuert und die Beziehungen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten sind geregelt

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft über ein institutionelles Abkommen mit der EU verabschiedet. Zudem hat er den Bericht zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU (in Erfüllung des Po. Aeschi 13.3151, des Po. Grüne Fraktion 14.4080 und des Po. Naef 17.4147) gutgeheissen. ***

Auf der Grundlage einer Gesamtevaluation hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen, den Entwurf des institutionellen Abkommens (InstA) mit der EU nicht zu unterzeichnen und die Verhandlungen darüber zu beenden. Für den Bericht in Erfüllung des Po. Aeschi 13.3151, des Po. Grüne Fraktion 14.4080 und des Po. Naef 17.4147 wurde der Ausgang der Verhandlungen über das InstA bzw. erste Reaktionen der EU im Nachgang an den Entscheid des Bundesrats, diese Verhandlungen zu beenden, abgewartet. Der Bericht ist in Erarbeitung.

- ▶ **Bestehende bilaterale Abkommen mit der EU wie bspw. das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) sind aktualisiert. Die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Assoziierung an Schengen/Dublin wurde vertieft.**

Die Schweiz und die EU haben 2021 mehrere Abkommen aktualisiert, darunter das Abkommen über Zollerleichterungen und Zollsicherheit (vorbehaltlich der Ratifizierung), das Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens (FHA, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte), das Landverkehrsabkommen und das Luftverkehrsabkommen. Das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) konnte hingegen nicht aktualisiert werden, da die Europäische Kommission eine Verknüpfung zum institutionellen Abkommen hergestellt hat. Auch 2021 wurden Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands übernommen. Zunächst schloss die Schweiz die internen Genehmigungsverfahren für die Übernahme von drei Entwicklungen zur Modernisierung der IT-Architektur des Schengen-Raums ab, namentlich das Schengener Informationssystem (SIS), die Interoperabilität der Informationssysteme (IOP) und das Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS) sowie für die revidierte Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex). Schliesslich wurden drei Vernehmlassungen abgeschlossen, darunter die Teilnahme am Fonds für integriertes Grenzmanagement (Border Management and Visa Instrument BMVI), die Änderung der Regeln für das Visa-Informationssystem (VIS) und die Interoperabilität von ETIAS.

- ▶ **Nach Möglichkeit sind neue Abkommen abgeschlossen, namentlich in den Bereichen Strom, Lebensmittelsicherheit, öffentliche Gesundheit (GesA), Forschung und Innovation (Horizon-Paket 2021–2027) sowie zivile Friedensförderung. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen für eine Schweizer Beteiligung am Programm Erasmus für die Jahre 2021 bis 2027 entschieden. Unter Vorbehalt eines positiven Grundsatzentscheides hat der Bundesrat die nötigen Schritte für die Verhandlungen mit der EU für eine Teilnahme der Schweiz am Programm «Kreatives Europa 2021–2027» eingeleitet. ***

Der Bundesrat hat am 13. Januar 2021 das Verhandlungsmandat für eine Assoziierung an Erasmus+ verabschiedet. Vor dem Hintergrund der Beendigung der InstA-Verhandlungen war die EU jedoch nicht zu Gesprächen über die Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen Horizon Europe oder Erasmus+ bzw. zum Abschluss weiterer Kooperationsabkommen insbesondere im Bereich der öffentlichen

Gesundheit bereit. Gleichermassen war es nicht möglich, mit der EU neue Binnenmarktabkommen, insbesondere im Strombereich, abzuschliessen. Auch die Verhandlungen bezüglich der Ausdehnung des Landwirtschaftsabkommens auf die gesamte Lebensmittelkette blieben sistiert. Im Bereich der zivilen Friedensförderung konnten die Gespräche über ein Abkommen mit der EU noch nicht aufgenommen werden. Aufgrund der Gesamtsituation hat der Bundesrat noch keinen Grundsatzentscheid für die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU für eine Teilnahme der Schweiz am Programm «Kreatives Europa 2021–2027» fällen können.

- ▶ **Der Bundesrat hat eine gemeinsame Verständigung (Memorandum of Understanding) mit der EU getroffen, welche die Prinzipien und Eckwerte des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten festhält. Unter der Voraussetzung, dass keine diskriminierenden Massnahmen der EU gegenüber der Schweiz vorliegen, hat er bilaterale Rahmenabkommen zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten abgeschlossen. ***

Am 11. August 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zur Freigabe des zweiten Schweizer Beitrags verabschiedet. Das Parlament hat am 30. September 2021 entschieden, dem Antrag des Bundesrates zu folgen und die genannte Bedingung bzgl. der diskriminierenden Massnahmen der EU aufzuheben. Daraufhin konnte auch eine Einigung zu einem Memorandum of Understanding (MoU) mit der EU erzielt werden. Am 24. November 2021 hat der Bundesrat diese MoU genehmigt; es soll unterzeichnet werden, sobald auch auf EU-Seite die internen Genehmigungsverfahren abgeschlossen sind. Dieses MoU dient inhaltlich als Basis für die bilateralen Rahmenabkommen zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten (sogenannte Umsetzungsabkommen). Entsprechende Gespräche mit den Partnerstaaten wurden 2021 weitergeführt.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Verstärkte Regulierung der EU im Bereich der internationalen Rheinschifffahrt. Interessenwahrung der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Janiak 18.3750) gutgeheissen. ***

Der Bericht wurde dem Bundesrat noch nicht unterbreitet, da aufgrund von aktuellen Entwicklungen im Bereich der internationalen Rheinschifffahrt eine Aktualisierung notwendig ist.

Ziel 4

Die Schweiz trägt weltweit massgeblich zu Frieden und Sicherheit bei

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Schweiz hat ihre Position als ein weltweit führendes Land in der Friedensförderung gefestigt. Die Nachfrage nach ihren Guten Diensten ist hoch geblieben.**

Das Profil der Schweiz als glaubwürdige und der Diskretion verpflichtete Anbieterin guter Dienste ist auf der internationalen Bühne anerkannt. Die Schweiz unterstützte 17 Friedensprozesse, entweder direkt (z.B. in Kamerun), oder im Rahmen eines institutionellen multilateralen Prozesses (z.B. Berlin Prozess zu Libyen). Sie trug zudem zur Konsolidierung von Abkommen bei, die sie vermittelt hatte (z.B. in Mosambik). Sie beherbergte als Gaststaat bspw. die regelmässig stattfindenden Sitzungen des syrischen Verfassungsausschusses und die innerlibyschen Treffen, die in diesem Jahr zur Ernennung einer Regierung der nationalen Einheit führten. Der Genfer Gipfel zwischen den USA und Russland im Juni zählte zu den wichtigsten diplomatischen Treffen des Jahres und war auch für die Schweiz ein aussenpolitischer Höhepunkt.

- ▶ **Das EDA hat in einem Aktionsplan Massnahmen zur Stärkung der OSZE definiert.**

Der EDA-Aktionsplan OSZE 2022–2025 wurde Ende 2021 vom Departementsvorsteher verabschiedet.

- ▶ **Betreffend die laufende Kandidatur der Schweiz als nichtständiges Mitglied für den UNO-Sicherheitsrat hat der Bundesrat die Entscheidungsprozesse während des angestrebten Einsitzes beschlossen. ***

Der Bundesrat hat am 10. November 2021 die Koordination der Beschlussfassung (Entscheidungsprozesse) festgelegt.

- ▶ **Die Schweiz hat dazu beigetragen, dass Empfehlungen zur Strafverfolgung an der Schnittstelle von Terrorismus und Völkerrechtsverbrechen im Globalen Forum gegen den Terrorismus verabschiedet werden.**

Die Schweiz hat die Ausarbeitung des «GCTF Memorandum on Criminal Justice Approaches to the Linkages between Terrorism and Core International Crimes, Sexual and Gender-based Violence Crimes, Human Trafficking, Migrant Smuggling, Slavery and Crimes against Children» initiiert und begleitet. Die Empfehlungen wurden am 7. Oktober 2021 auf Ministeriebene verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen vom 6. Dezember 2019 des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs verabschiedet. Ebenfalls hat er den Bericht «Neue Bestimmungen zur Betreuung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte» (in Erfüllung des Po. APK-S 19.3414) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 19. Mai 2021 verabschiedet. Der Bericht in Erfüllung des Po. APK-S 19.3414 konnte dem Bundesrat noch nicht vorgelegt werden, da zunächst dessen Stellungnahme auf die Empfehlungen abgewartet wurde, die die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) im Rahmen einer Evaluation der Strategie der Schweiz zur Restitution unrechtmässig erworbener Vermögenswerte formuliert hatte.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Rohstoffbericht gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 21. April 2021 gutgeheissen.

Ziel 5 Die Schweiz fördert eine effiziente und rechtsbasierte multilaterale Ordnung

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Schweiz hat sich mit konkreten Vorschlägen und Massnahmen dafür eingesetzt, dass die Funktionsweisen des Menschenrechtsrats, der UNO-Vertragsorgane und der UNESCO gestärkt werden.**

Die Schweiz hat sich auf die Verbesserung der Effizienz und der Arbeitsmethoden der UNO-Vertragsorgane auch unter Covid-19-Bedingungen fokussiert. So förderte sie beispielsweise die Umsetzung des von ihr mitgestalteten Review-Prozesses. Die Schweiz begleitete verschiedene Initiativen zur Stärkung und langfristigen Effizienzsteigerung des Menschenrechtsrats. In der UNESCO unterstützte die Schweiz ein neues Format für die Berichterstattung über die Programmumsetzung, eine striktere Umsetzung der Empfehlungen der Evaluationen sowie die Idee transparenterer Arbeitsmethoden. Die Schweiz setzte sich zudem für die Förderung der Rolle der nationalen UNESCO-Kommissionen ein.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Profil der Schweiz in der Rüstungskontrolle und Abrüstung gestärkt und seine Position zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) überprüft. ***

Das Profil in der nuklearen Abrüstung wurde unter anderem im Hinblick auf die 10. Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) gestärkt, namentlich im Rahmen der «Stockholmer Initiative» mit Schweizer Vorschlägen zur Risikoreduktion. Am 17. Dezember 2021 hat der Bundesrat das Mandat für die 10. Überprüfungskonferenz des NPT beschlossen. Aufgrund der pandemiebedingten Verschiebung der NPT-Konferenz verzögert sich die Neubeurteilung des TPNW.

- ▶ **Im Rahmen der Digitalausserpolitik des Bundesrats ist die Rolle des internationalen Genfs als Zentrum der globalen Digital- und Technologiepolitik weiter gestärkt. Ein nationales und internationales Netzwerk für digitale Selbstbestimmung und vertrauenswürdige Datenräume ist aufgebaut.**

Das Internationale Genf konnte durch die von der Schweiz unterstützten Multi-Stakeholder-Plattformen und -Initiativen, wie z.B. dem «AI for Good Summit» der ITU, gestärkt werden. Die Stiftung «Geneva Science and Diplomacy Anticipator» (GESDA) veröffentlichte im Rahmen ihres ersten Gipfels einen international viel beachteten «Science Breakthrough Radar». Das nationale Netzwerk Digitale Selbstbestimmung wurde am 11. Mai 2021 lanciert. Die Grundlagen für ein internationales Netzwerk wurden geschaffen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 1. Oktober 2021 gutgeheissen.

Ziel 6

Das EDA verfügt über optimale Strukturen zur Umsetzung der Aussenpolitischen Strategie

Realisiert

- ▶ **Massnahmen zur Umsetzung der Digitalausserpolitik sind umgesetzt. Die Fähigkeiten des Departements im Bereich Planung und Analyse sind gestärkt. Ein Aktionsplan für zeitgemässe IZA-Strukturen ist erarbeitet.**

Im Staatssekretariat wurde eine neue Abteilung Digitalisierung geschaffen. Ebenfalls wurde die neue Funktion des Sonderbeauftragten für «Science Diplomacy» geschaffen und besetzt. Ein Aktionsplan Digitale Transformation EDA 2021–2023 wurde verabschiedet und wird umgesetzt. Die Planungs- und Analysefähigkeiten des Departements wurden mit der neuen Einheit «Policy Planning» im Staatssekretariat ausgebaut. Ein Aktionsplan mit einer Projektplanung für eine umfassende Reorganisation der DEZA liegt vor und ihre künftige Struktur wurde festgelegt. In deren Zentrum stehen der Nexus zwischen Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe, die stärkere Verankerung der thematischen Expertise sowie die Stärkung der Verantwortlichkeiten des Aussennetzes.

- ▶ **Das Aussennetz wird im Rahmen des Projekts Rebalancing, demzufolge personelle Ressourcen im EDA von der Zentrale in einzelne Vertretungen umgelagert werden, schrittweise personell verstärkt.**

Die ersten 3 von insgesamt 35 Stellen (bis 2024) wurden 2021 von der Zentrale ins Aussennetz verlagert.

Ziel 7 Die Kapazitäten des departementalen Krisenmanagements sind gemäss den Erkenntnissen aus Covid-19 gestärkt

Realisiert

- ▶ **Die Lessons Learned des EDA-Auswertungsberichts über das departementale Krisenmanagement in der ersten Phase der Krisenbewältigung Covid-19 sind umgesetzt.**

Die Direktionen des EDA haben neun der zehn Empfehlungen des Auswertungsberichts bis 2021 umgesetzt. Die Empfehlung für einen Test der neuen Version der Weisung 152-0 zur Krisenorganisation ist noch offen.

- ▶ **Das BCM der Direktionen des EDA ist aufgrund der Lessons Learned angepasst.**

Das EDA hat das BCM in seinen Direktionen gemäss dem Mandat des Generalsekretariats vom 20. November 2020 und der Empfehlung des Auswertungsberichts der ersten Phase des Krisenmanagements Covid-19 vom 17. August 2020 angepasst.

Ziel 8 Konsularische Dienstleistungen sind dank zusätzlichen digitalen Instrumenten effizienter und noch bürgernäher

Realisiert

- ▶ **Das EDA hat neue digitale Instrumente und Prozesse zur Effizienzsteigerung im Verkehr zwischen Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern definiert. Ein Projekt zur Digitalisierung konsularischer Prozesse ist abgeschlossen.**

Der «Aktionsplan 2021–2022 zur digitalen Transformation im Dienstleistungsbereich» befindet sich planmässig in Umsetzung. Das Projekt zur Digitalisierung von EDA-Arbeitsprozessen im Zivilstandsbereich konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Ausgebaut wurde ferner im Bereich Dokumententransfer der Online-Schalter zur Vereinfachung des Austauschs zwischen im Ausland wohnhaften Staatsangehörigen der Schweiz und der zuständigen Schweizer Vertretung.

- ▶ **Eine Analyse der künftig zu erbringenden konsularischen Dienstleistungen ist erarbeitet. Dabei wurde sichergestellt, dass die Dienstleistungen für Schweizer Staatsangehörige im Ausland weiterhin auch denjenigen Personen offenstehen, für die sich eine digitale Lösung nicht eignet.**

Die Analyse liegt vor und eine Priorisierung der Handlungsfelder hat stattgefunden. Mit dem neu gestarteten Projekt «Aging Abroad» soll beispielsweise den spezifischen Herausforderungen und Bedürfnissen der grossen und zunehmenden Zahl an älteren Auslandschweizerinnen und -schweizern Rechnung getragen werden.

Departement des Innern

Ziel 1 Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) betreffend die Pilotversuche mit Cannabis verabschiedet und über die Inkraftsetzung des BetmG im ersten Halbjahr 2021 entschieden. Damit wird die Grundlage geschaffen für wissenschaftliche Studien zu den Auswirkungen eines geregelten Zugangs zu Cannabis zu rekreativen Zwecken. Die Voraussetzung ist der unbenutzte Ablauf der Referendumsfrist. ***

Der Bundesrat hat am 31. März 2021 die Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes auf den 15. Mai 2021 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bundesrat hat den auf der Basis seiner 2018 getroffenen Entscheide ergänzten Masterplan «Massnahmen des Bundes zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie» verabschiedet und für die Laufzeit bis 2025 in Kraft gesetzt. Schwerpunkte werden die Stärkung der klinischen Forschung, der erschwingliche Zugang zu neuen biomedizinischen Produkten und die digitale Transformation sein. ***

Die Erarbeitung des Masterplans ist weit vorgeschritten; er konnte jedoch aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht dem Bundesrat vorgelegt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision der Chemikalienverordnung zur Modernisierung des schweizerischen Chemikalienrechts in der zweiten Jahreshälfte 2021 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 31. März 2021 die Vernehmlassung für die revidierte Chemikalienverordnung eröffnet. Aufgrund von umfangreichen Rückmeldungen und der Covid-19-Pandemie konnte die Vorlage dem Bundesrat nicht vorgelegt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Einzelverkauf von Medikamenten. Wagen wir den Versuch!» (in Erfüllung der Mo. Tornare 17.3942) gutgeheissen. ***

Der Bericht konnte trotz umfangreicher Vorarbeiten aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht fertig gestellt werden.

Ziel 2

Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) im zweiten Halbjahr 2021 verabschiedet. Die Vorlage gilt als indirekter Gegenvorschlag zur Eidg. Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen». ***

Der Bundesrat hat am 10. November 2021 die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» mit dem Antrag auf Ablehnung verabschiedet. Als indirekten Gegenvorschlag hat er am selben Tag die Botschaft für die Vorgabe von Kostenzielen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Eidg. Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien» (Prämientlastungs-Initiative) und den Gegenvorschlag verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 17. September 2021 die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien» (Prämientlastungs-Initiative) mit dem Antrag auf Ablehnung verabschiedet. Als indirekten Gegenvorschlag legt er die Änderung des KVG (Prämienverbilligung) vor.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit im ersten Halbjahr 2021 verabschiedet und über die Inkraftsetzung der KVG-Änderung entschieden. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. April 2021 vorgesehen. ***

Der Bundesrat hat am 24. Februar 2021 die Ausführungsbestimmungen zur Änderung des KVG zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit auf den 1. April 2021 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) bezüglich der Zulassung der Leistungserbringer verabschiedet und die Inkraftsetzung der Neuregelung von Artikel 55a KVG auf den 1. Juli 2021 beschlossen. ***

Der Bundesrat hat am 23. Juni 2021 das Ausführungsrecht verabschiedet und die Regelung zur Festlegung der Höchstzahlen auf den 1. Juli 2021 in Kraft gesetzt.

Ziel 3

Reform der Sozialwerke

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege gestaffelt per 1. Januar und per 1. Juli 2021 in Kraft gesetzt und die spezifischen Ausführungsbestimmungen dazu verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 7. Oktober 2020 das Inkrafttreten der Bestimmungen festgelegt und am 12. Mai 2021 die Ausführungsbestimmungen verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose per 1. Juli 2021 in Kraft gesetzt und die konkreten Ausführungsbestimmungen verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 11. Juni 2021 das Inkrafttreten beschlossen und die Ausführungsbestimmungen verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Änderungen der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) zur Weiterentwicklung der Invalidenversicherung (IV) per 1.1.2022 in Kraft gesetzt. ***

Der Bundesrat hat am 3. November 2021 den Bericht über die Ergebnisse zu der Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV) zur Kenntnis genommen und die Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung und den Inkraftsetzungsbeschluss per 1. Januar 2022 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision bezüglich Schaffung eines gesamtschweizerischen Lastenausgleichs des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG, Umsetzung der Mo. Baumann 17.3860) ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 25. August 2021 die Vernehmlassungsergebnisse zur Änderung des Familienzulagengesetzes zur Kenntnis genommen. Die Motion «Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung» (17.3860) verlangt, dass die Kantone einen vollen Lastenausgleich für die Finanzierung der Familienzulagen einführen müssen. Aufgrund der stark widersprüchlichen Ergebnisse der Vernehmlassung ist der Bundesrat der Ansicht, dass ein derart einschneidender Eingriff des Bundes in die Zuständigkeit der Kantone nicht vertretbar sei. Daher hat er beschlossen, die Motion zur Abschreibung zu beantragen. Folglich wird dazu keine Botschaft erarbeitet.

Ziel 4 Generationenpolitik

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Verordnung über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFV) ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Totalrevision der Kinder- und Jugendförderungsverordnung am 3. Dezember 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die «Ergebnisse der Abklärungen mit den Kantonen betreffend Notwendigkeit eines zeitlich befristeten Impulsprogramms zur Prävention von Gewalt und Vernachlässigung im Alter» zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.**

Der Bundesrat wurde am 22. September 2021 über die in der Zwischenzeit auf Bundes- und Kantonsebene unternommenen relevanten Aktivitäten in Kenntnis gesetzt und darüber informiert, dass die weiteren Beratungen auf Wunsch der Kantone wegen der grossen Belastung aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben werden. Der Bundesrat hat deshalb noch nicht über das weitere Vorgehen entschieden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Förderung der Erwerbstätigkeit nach Erreichen des Regelrentenalters (in Erfüllung des Po. Hegglin Peter 19.3172) zur Kenntnis genommen. ***

Um die Grundlagen für die Beantwortung des Postulats zu schaffen, wurde die Studie «Wer geht wann in Rente? Ausgestaltung und Determinanten des Rentenübergangs» lanciert. Da die Studie noch nicht abgeschlossen ist, konnte der Postulatsbericht im Berichtsjahr nicht vom Bundesrat zur Kenntnis genommen werden.

Ziel 5

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kultur

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat im Rahmen der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 die Ausführungsbestimmungen zum revidierten Filmgesetz gutgeheissen und in Kraft gesetzt. ***

Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zum revidierten Filmgesetz noch nicht gutgeheissen, da per Ende 2021 eine Unterschriftensammlung für ein Referendum zur Änderung des Filmgesetzes im Gang war.

- ▶ **Unter Vorbehalt eines positiven Grundsatzentscheides hat der Bundesrat die nötigen Schritte für die Verhandlungen mit der EU für eine Teilnahme der Schweiz am Programm «Kreatives Europa 2021–2027» eingeleitet. ***

Die EU macht den Beitritt der Schweiz zum Programm «Kreatives Europa 2021–2027» von der Lösung der institutionellen Fragen sowie von einer Angleichung der Schweizer Gesetzgebung an die EU Richtlinie über die audiovisuellen Mediendienste (AVMD) abhängig. Der Bundesrat erklärte am 26. Mai 2021 die Verhandlungen mit der EU über ein Institutionelles Abkommen (InstA) für beendet. Vor dem Hintergrund der Gesamtbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU und der Rechtsangleichung der Mediengesetzgebung in der Schweiz, ist zu klären, ob eine Teilnahme an der Programmperiode (2021–2027) noch realistisch ist.

- ▶ **Die Umsetzung der Covid-19-Kulturmassnahmen wird in Zusammenarbeit mit den Durchführungsstellen (Kantone, Suisseculture Sociale und vier Dachverbände im Laienbereich) vollzogen.**

Der Vollzug der Covid-19-Kulturmassnahmen erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Kultur (BAK) und den Durchführungsstellen. Das Unterstützungssystem hat sich bewährt. Die Massnahmen im Kulturbereich (Artikel 11 Covid-19-Gesetz) wurden bis Ende 2022 verlängert.

- ▶ **Die Mitwirkung an der Erarbeitung einer Botschaft zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft von Bund und Kantonen Movetia (Movetiagesetz) ist sichergestellt.**

Die Mitwirkung des Bundesamtes für Kultur (BAK) ist seit Beginn der Arbeiten sichergestellt. Die Federführung des Geschäfts liegt beim SBFI.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Einfluss der Urbanisierung in der Schweiz auf die Kulturförderung» (in Erfüllung des Po. Stöckli 19.3707), den Bericht «Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner Paul 19.3942) und den Bericht «Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkrete praktische Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe» (in Erfüllung der Po. Reynard 19.3684, Romano 19.3672, Lohr 19.3670 und Rytz Regula 19.3668) gutgeheissen. ***

Das Bundesamt für Kultur (BAK) hat den Bericht über den «Einfluss der Urbanisierung auf die Kulturförderung» im Juli 2021 publiziert. Eine separate Gutheissung durch den Bundesrat des bereits publizierten Berichts in Erfüllung des Postulats 19.3707 ist nicht vorgesehen. Der Bundesrat wird dem Parlament im Rahmen seines Berichts über Motionen und Postulate 2021 die Abschreibung des Postulats 19.3707 beantragen. Der Bundesrat hat den Bericht «Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner Paul 19.3942) am 4. Juni 2021 gutgeheissen. Am 24. September 2021 hat der Bundesrat den Bericht «Möglichkeiten der rechtlichen Anerkennung der Schweizer Gebärdensprachen und konkrete praktische Umsetzungsmassnahmen zur vollständigen Teilhabe» (in Erfüllung der Po. Reynard 19.3684, Romano 19.3672, Lohr 19.3670 und Rytz Regula 19.3668) gutgeheissen.

Ziel 6

Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Nationale Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Gleichstellungsstrategie 2030 am 28. April 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Rechtliche Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern im Bundesrecht» (in Erfüllung des Po. Caroni 19.4092) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 10. Dezember 2021 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den ersten Bericht der Schweiz an den Europarat zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbulkonvention) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 18. Juni 2021 gutgeheissen.

- ▶ **Das Standard-Analyse-Tool des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen (Logib Modul 2) steht den privaten und öffentlichen Arbeitgebern zur Verfügung.**

Seit dem 14. Juni 2021 stellt der Bund auch kleineren Unternehmen und Organisationen kostenlos ein Online-Analyse-Tool zur Überprüfung der Lohngleichheit zur Verfügung. Damit erhöht sich die Anzahl der Schweizer Arbeitgebenden, welche eine Lohngleichheitsanalyse mit Logib vornehmen können, von 10 000 auf rund 200 000.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zu Ursachen von Tötungsdelikten im häuslichen Umfeld (in Erfüllung des Po. Graf Maya 19.3618) und den Bericht zu Ausmass und Entwicklung sexueller Belästigungen in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Reynard 18.4048) zur Kenntnis genommen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Po. Graf Maya 19.3618 am 10. Dezember 2021 gutgeheissen. Da die Erarbeitung des Forschungsberichts in Erfüllung des Po. Reynard 18.4048 mehr Zeit beanspruchte, konnte der Bundesrat diesen Bericht noch nicht zur Kenntnis nehmen.

Ziel 7 Stärkung der Lebensmittelsicherheit, der Tiergesundheit und des Tierschutzes

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Massentierhaltungsinitiative verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Massentierhaltungsinitiative und zum direkten Gegenentwurf am 19. Mai 2021 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst ist durchgeführt und ausgewertet.**

Die Vernehmlassung wurde vom 12. Mai 2021 bis am 30. August 2021 durchgeführt und anschliessend ausgewertet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Verordnung über die Tierarzneimittel ist durchgeführt und ausgewertet.**

Die Vernehmlassung wurde vom 25. März 2021 bis am 9. Juli 2021 durchgeführt und anschliessend ausgewertet.

Ziel 8 Umsetzung der Mehrfachnutzung von Daten (Umsetzung des Once-Only-Prinzips): Statistiksystem Schweiz und die Datenbewirtschaftung des Bundes

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Bericht über den Stand des Projekts zur Weiterentwicklung des gemeinsamen Nomenklatureinsatzes unter Nutzung der Interoperabilitäts-Plattform für die Berufsnomenklatur Kenntnis genommen. ***

Der Bundesrat hat am 4. Juni 2021 den Stand des Projekts zur Kenntnis genommen. Die harmonisierte Berufsnomenklatur sowie die einheitlichen Unternehmensstammdaten wurden Ende Juni 2021 auf der Interoperabilitätsplattform veröffentlicht.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte zu den Stammdatenbereichen «natürliche Personen» und «Gebäude und Wohnungen» zur Kenntnis genommen. ***

Die Berichte wurden in Zusammenarbeit mit allen Departementen und der BK (DTI) im Gemeinsamen Stammdatengremium Bund abgestimmt. Der Bundesrat hat die Berichte am 24. November 2021 zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Die Zahlen der ständigen Wohnbevölkerung per 31.12.2020, als Grundlage für die Verteilung der Nationalratssitze im Hinblick auf die Nationalratswahlen 2023, sind erwahrt. ***

Der Bundesrat hat am 1. September 2021 die Zahlen der ständigen Wohnbevölkerung von Ende 2020 erwahrt und gleichzeitig die Verordnung über die Sitzverteilung bei der Gesamterneuerungswahl des Nationalrates 2023 verabschiedet.

- ▶ **Das Kompetenzzentrum für Datenwissenschaft ist aufgebaut und die Steuerung gemeinsam mit den anderen Departementen erarbeitet.**

Das Kompetenzzentrum für Datenwissenschaft (DSCC) hat den Betrieb aufgenommen und bietet Dienstleistungen im Bereich Dateninnovation an. Die Steuerung des DSCC wurde am 26. November 2021 von der Generalsekretärenkonferenz (GSK) genehmigt.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht betreffend das Zulassungssystem für Open Government Data (in Erfüllung des Po. Badran 19.3342) zur Kenntnis genommen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Postulats Badran 19.3342 am 23. Juni 2021 zur Kenntnis genommen.

Ziel 9 Bereitstellung von georedundanten Rechenleistungen für MeteoSchweiz gemäss Empfehlung der EFK

Realisiert

- ▶ **Die Lifecycle-Planung der geschäftskritischen Applikationen liegt vor.**

Die geschäftskritischen Applikationen wurden identifiziert und deren Lifecycle-Planung liegt vor.

Ziel 10 Evaluation Bundesgesetz über die Archivierung

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Evaluation des Bundesgesetzes über die Archivierung (in Erfüllung des Po. Janiak 18.3029) gutgeheissen und das weitere Vorgehen beschlossen.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 1. September 2021 gutgeheissen und das weitere Vorgehen beschlossen.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1 Migration und Integration

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Übernahme der EU-Verordnung zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visa (BMVI) ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Übernahme der Verordnung (EU) 2021/1148 zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) am 11. August 2021 eröffnet. Die Verordnung wurde erst am 7. Juli 2021 vom Europäischen Parlament und vom Rat der EU verabschiedet. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 18. November 2021. Daher konnte die Botschaft nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Übernahme der neuen EU-Rückführungsrichtlinie ist vom Bundesrat eröffnet. ***

Das Geschäft ist im Europäischen Parlament blockiert und es ist noch kein Abstimmungsdatum vorgesehen. Darüber hinaus gibt es Bestrebungen, die Annahme der Rückführungsrichtlinie mit dem Paket Migration und Asyl zu verkoppeln, was das Geschäft noch zusätzlich verzögern würde.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Einführung des neuen Finanzierungssystem Asyl (Finasi) ist vom Bundesrat eröffnet.**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu den Verordnungsanpassungen bezüglich des neuen Finanzierungssystems im Asyl- und Flüchtlingsbereich am 23. Juni 2021 eröffnet.

- ▶ **Der zweite Verpflichtungskredit zur Internationalen Migrationszusammenarbeit und Rückkehr 2022–2027 ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat beschloss am 4. Juni 2021, dem Parlament einen Verpflichtungskredit für die internationale Zusammenarbeit im Migrations- und Rückkehrbereich mit einer Laufzeit von fünf Jahren zu beantragen.

- ▶ **Der Entscheid des Bundesrates zum Umsetzungsprogramm für die Aufnahme von Kontingentsflüchtlingen 2022–2023 liegt vor.**

Der Bundesrat hat am 19. Mai 2021 das Resettlement-Programm für die Jahre 2022 und 2023 genehmigt. Es ist vorgesehen, in diesem Zeitraum bis zu 1600 besonders vulnerable Flüchtlinge aus Ägypten, dem Libanon und der Türkei aufzunehmen. Hinzu kommt ein Kontingent von bis zu 300 Flüchtlingen, die wegen der pandemiebedingten Verzögerung nicht im Rahmen des vorhergehenden Programms aufgenommen werden konnten.

- ▶ **Die Verhandlungen zu den bilateralen Abkommen zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten (Rahmenkredit Migration) sind abgeschlossen.**

Der Bundesrat hat nach der Freigabe der beiden Rahmenkredite (Kohäsion und Migration) den zuständigen Departementen am 24. November 2021 den Auftrag gegeben, die Verhandlungen zu den bilateralen Rahmenabkommen mit den Partnerstaaten zu beginnen. Die technischen Gespräche mit den Partnerstaaten wurden bereits aufgenommen, sie sind jedoch nicht abgeschlossen.

- ▶ **Die Schweiz hat sich auf europäischer Ebene für eine solidarische Teilung der Verantwortung im Asylwesen in Europa eingesetzt.**

Die Schweiz hat auf Ministerstufe an den Diskussionen zur Weiterentwicklung des europäischen Asylwesens sowie zur Eindämmung irregulärer Migration teilgenommen. Sieben bilaterale Projekte in den Aussengrenzenstaaten wurden umgesetzt und ein weiteres läuft noch. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten sind intensiv und konstruktiv. Zwei bilaterale Arbeitsbesuche mit den Innenministern von Österreich und Deutschland sowie mehrere bilaterale Treffen am Rande von Konferenzen wurden durchgeführt.

- ▶ **Die Pilotprogramme «Integrationsvorlehre Plus» sowie «finanzielle Zuschüsse» zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials sind umgesetzt.**

Für das Programm «Integrationsvorlehre Plus» haben 17 Kantone Subventionsverträge unterzeichnet. Beim Programm «finanzielle Zuschüsse» haben 14 Kantone für 2021 Subventionsverträge unterzeichnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Revision des Zivilgesetzbuches (Heirat von Minderjährigen) eröffnet.**

Die Vernehmlassung zur Revision des Zivilgesetzbuchs (Massnahmen gegen Heiraten von Minderjährigen) wurde am 30. Juni 2021 vom Bundesrat eröffnet.

Ziel 2

Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug) verabschiedet. ***

Die Botschaft konnte nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden. Die Auswertung der Stellungnahmen und Rückmeldungen aus der Vernehmlassung und weitere Rücksprachen haben mehr Zeit als vorgesehen in Anspruch genommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Änderung des Verwaltungsstrafrechts (in Erfüllung der Mo. Caroni 14.4122 «Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht») eröffnet. ***

Die Vernehmlassung konnte daher nicht im Berichtsjahr eröffnet werden. Die Überprüfung gewisser Grundsatzfragen hat wesentlich mehr Zeit gekostet als zuerst erwartet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Prüfung wirksamerer Massnahmen zum Opferschutz bei Hochrisikofällen bei häuslicher Gewalt» (in Erfüllung des Po. Arslan 19.4369) gutgeheissen.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 3. Dezember 2021 gutgeheissen.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Verordnung über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe (Vorläuferstoffe) ist eröffnet.**

Die Vernehmlassung zur Verordnung zum Vorläuferstoffgesetz wurde am 28. April 2021 vom Bundesrat eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Bekämpfung des Hooliganismus» (in Erfüllung des Po. SiK-S 19.3533) gutgeheissen.**
Ein konsolidierter Berichtsentwurf liegt vor. Aufgrund einer aktuell laufenden Analyse der Aufgabenteilung Bund/Kantone bei der Bekämpfung des Hooliganismus konnte der Bericht jedoch nicht mehr im Berichtsjahr dem Bundesrat unterbreitet werden.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Erneuerung des Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Verpflichtungskredit zur Erneuerung des Zentralen Migrationsinformationssystems am 21. April 2021 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat über das Inkrafttreten des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) und die Verordnungsbestimmungen zur Umsetzung von PMT entschieden.**
Das PMT-Gesetz tritt stufenweise in Kraft. Drei Bestimmungen, die keiner Konkretisierung auf Verordnungsstufe bedürfen, wurden bereits auf den 1. Oktober 2021 in Kraft gesetzt. Die gesetzliche Grundlage für eine vertiefte Sicherheitsprüfung des Flughafenpersonals ist gemäss Entscheid des Bundesrates vom 3. November 2021 per 1. Januar 2022 in Kraft getreten. Über die Inkraftsetzung der übrigen Bestimmungen des Gesetzes wie auch jener des dazugehörigen Verordnungsrechts [VPMT und VD-ÜPF] hat der Bundesrat noch nicht entschieden.

Ziel 3

Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zu einer Revision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (Umsetzung der EU-FADO-Verordnung) ist verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2020/493 über das System über gefälschte und echte Dokumente online (FADO) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) am 4. Juni 2021 verabschiedet.
- ▶ **Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Erhebung und Nutzung von Passenger Name Records Daten (PNR-Daten) sowie ihre Übermittlung durch Fluggesellschaften an das Ausland ist eröffnet. ***
Nach der Ämterkonsultation zeigte sich, dass zusätzliche Abklärungen erforderlich sind, so dass die Vernehmlassung nicht im Berichtsjahr eröffnet werden konnte.
- ▶ **Ein Mandat für Verhandlungen mit der EU für ein Abkommen über den Informationsaustausch zu PNR-Daten zwischen der Passenger Information Unit (PIU) Schweiz und den PIUs der EU-Staaten ist eröffnet.**
Fedpol führt seit 2020 Sondierungsgespräche mit der EU-Kommission. Dabei wurde die beiderseitige Bereitschaft zu einem PNR-Abkommen bekräftigt. Auf EU-Ebene verzögern sich jedoch die Arbeiten für Verhandlungen zu PNR mit Drittstaaten, da der Inhalt möglicher Abkommen von richtunggebenden Entscheiden des Europäischen Gerichtshofs zur Umsetzung der PNR-Richtlinie der EU abhängig ist. Somit verzögert sich auch die Verabschiedung des Schweizer Verhandlungsmandats.

► **Die neuen Kompetenzen zum Informationsaustausch mit ausländischen Financial Intelligence Units sind implementiert und umgesetzt.**

Die neuen Befugnisse der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) (Art. 11a 2^{bis} GwG) konnten auf den 1. Juli 2021 eingeführt werden. Es sind mehrere Begleitmassnahmen geplant, um die mit der Einführung der neuen Kompetenzen verbundenen Entwicklungen eng zu verfolgen.

► **Die Arbeiten bezüglich der Übernahme und Umsetzung von Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes, welche der Schweiz notifiziert wurden, sind rechtzeitig aufgenommen sodass die Übernahmefrist und insbesondere die Umsetzungsfrist eingehalten werden können.**

Die EU hat der Schweiz 2021 insgesamt 82 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert, während im Bereich Dublin keine Weiterentwicklung zu verzeichnen ist. Die Notifikation der entsprechenden Übernahmebeschlüsse an die EU erfolgte ausnahmslos rechtzeitig. 77 der 82 Schengen-Weiterentwicklungen hatten Bagatelldarakter: 19 davon stellten rechtlich unverbindliche Empfehlungen im Zusammenhang mit Covid-19 dar, wurden vom sachzuständigen Departement zur Kenntnis genommen und soweit nötig auf Verordnungsstufe umgesetzt. Die Notenaustausche zur Übernahme der restlichen 58 Weiterentwicklungen mit Bagatelldarakter konnten als Verträge von beschränkter Tragweite qualifiziert werden, weshalb sie vom Bundesrat bzw. vom sachzuständigen Bundesamt selbständig abgeschlossen werden konnten. Eine rechtliche Umsetzung war nur bei fünf dieser Weiterentwicklungen erforderlich: Einerseits zur Umsetzung der Verordnungen (EU) 2021/953 und (EU) 2021/954 zur Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung von Covid-Zertifikaten, andererseits für die Umsetzung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/1781 zur Suspendierung einiger Visabestimmungen gegenüber Gambia. Schliesslich musste die Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) zur Umsetzung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/31 über Mindestqualitätsstandards für Lichtbilder und daktyloskopische Daten im Schengener Informationssystem (SIS) sowie das SIRENE-Handbuch (Durchführungsbeschluss K[2021] 965 endg.) angepasst werden, wobei diese Änderungen erst auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des neuen SIS in Kraft gesetzt werden. Für die Übernahme und Umsetzung von fünf der im Jahr 2021 notifizierten Weiterentwicklungen bedarf es der Zustimmung des Parlaments, weshalb der Bundesrat die entsprechenden Notenaustausche unter Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» vorgenommen hat. Die Verfahren sind auf Kurs: Die Vernehmlassungen zur Übernahme und Umsetzung der Nachfolgeänderungen für das Europäische Reisegenehmigungs- und -Informationssystem ETIAS [Verordnungen (EU) 2020/1152 und (EU) 2021/1150], des Visa-Informationssystems VIS [Verordnungen (EU) 2021/1134 und (EU) 2021/1133] und des Nachfolgefonds für den Aussengrenzenfonds [BMVI; Verordnung (EU) 2021/1148] wurden am 18. Oktober bzw. 18. November 2021 abgeschlossen.

Ziel 4 Staatliche Institutionen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Verordnung zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VDSG) eröffnet. ***
Die Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VDSG) wurde am 23. Juni 2021 vom Bundesrat eröffnet.
- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zum Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt. ***
Im Rahmen der Vernehmlassung sind insgesamt 108 Stellungnahmen eingetroffen. Diese wurden ausgewertet und in einem Vernehmlassungsbericht zusammengefasst. Der Bundesrat konnte im Berichtsjahr nicht mehr davon Kenntnis nehmen.

Ziel 5 Wirtschaftsstandort Schweiz

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision des Zivilgesetzbuches (Unternehmensnachfolge im Erbrecht) verabschiedet. ***
Der Bundesrat konnte die Botschaft nicht verabschieden. Aufgrund der Komplexität der Materie und zusätzlichen Sitzungen mit einer Expertengruppe benötigte die Erarbeitung der Botschaft mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz zur Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBG) verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Digitalisierung im Notariat (DNG) am 17. Dezember 2021 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Patentgesetzes (in Erfüllung der Mo. Hefti 19.3228) verabschiedet.**
Der Bundesrat hat am 18. August 2021 die Vernehmlassungsergebnisse zur Teilrevision des Patentgesetzes zur Kenntnis genommen. In der Vernehmlassung wurde eine Modernisierung des Patentprüfungsverfahrens grundsätzlich begrüsst. Der Bundesrat hat beschlossen, der in einzelnen Bereichen geäusserten Kritik mit inhaltlichen Anpassungen Rechnung zu tragen. Die Botschaft konnte dem Bundesrat daher nicht im Berichtsjahr vorgelegt werden.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die elektronischen Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID) eröffnet.**
Nach der Ablehnung des E-ID-Gesetzes durch das Stimmvolk beauftragte der Bundesrat das EJPD, zusammen mit den mitinteressierten Departementen eine Lösung für eine staatliche elektronische Identifizierung zu entwerfen. Der Bundesrat hat am 17. Dezember 2021 die Grundsätze für die Ausgestaltung eines künftigen staatlichen Identitätsnachweises (E-ID) festgelegt.

► **Das Vernehmlassungsverfahren über die Ausführungsbestimmungen zur Teilrevision des Obligationenrechts (Aktienrecht) ist durchgeführt.**

Der Bundesrat hat am 3. Dezember 2021 die Teilrevision des Obligationenrechts (Aktienrecht, 16.077 Vorlage 2) sowie die Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz bezüglich Mineralien und Metallen aus Konfliktgebieten und Kinderarbeit (VSoTr) auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1 Umsetzung Weiterentwicklung der Armee (WEA) und weitere wichtige Projekte und Vorhaben des VBS

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Kaderentwicklung für ziviles und militärisches Top-Kader ist weiterentwickelt und neu positioniert; die Umsetzung ist als Pilotversuch gestartet. Die Ausbildungsgutschrift der Milizkader (Offiziere, Höhere Unteroffiziere, Unteroffiziere) für zivile Aus- und Weiterbildungen ist etabliert.**

Konzept und Prozess zur Kaderentwicklung für ziviles und militärisches Top-Kader sind erarbeitet und implementiert. Die Ausbildungsgutschrift der Milizkader für zivile Aus- und Weiterbildungen wird bei jugendlichen Erwachsenen und in der Wirtschaft laufend kommuniziert.

- ▶ **Der Frauenanteil in der Armee (Miliz) und in der Verwaltung ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.**

Der Frauenanteil der Gruppe V konnte im Vergleich zum Vorjahr um 0.06 Prozent erhöht werden. Der Bestand der Frauen, welche in den Formationen der Armee eingeteilt sind, hat sich gegenüber dem Vorjahr um 19.7 Prozent erhöht.

- ▶ **Der Bericht zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz ist durch den Bundesrat genehmigt. ***

Am 28. April 2021 hat das VBS den Bundesrat informiert, dass der Bericht zur Alimentierung der Bestände von Armee und Zivilschutz und einer längerfristigen Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems in zwei Teilen erarbeitet wird. Der erste Teil zur Alimentierung enthält kurz- und mittelfristige Massnahmen und Optionen zur Verbesserung schergewichtig der Zivilschutzbestände. Dieser Teil des Berichts wurde durch den Bundesrat am 30. Juni 2021 gutgeheissen. Überlegungen zu einer längerfristigen Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems werden in einem zweiten Teil des Berichts vorliegen.

- ▶ **Programm Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastuktur der Armee (FITANIA):**

- **Projekt Rechenzentren VBS/Bund 2020: Die Konzeptphase für die Bereitstellung der neuen IKT-Plattform in den Landesknoten ist abgeschlossen.**

Für die Konzeptphase der IKT-Plattform der Rechenzentren VBS/Bund ergaben sich aufgrund der Corona-Regeln und noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Lieferanten Swisscom Verzögerungen, so dass die Phase nicht planmässig abgeschlossen werden konnte.

- **Projekt Führungsnetz Schweiz: Der Abschlussbericht der Phase III ist erstellt und das Projekt kann ab 01.01.2022 in der Phase IV weitergeführt werden.**

Der Abschlussbericht der Phase III ist erstellt und das Projekt kann planmässig in der Phase IV weitergeführt werden.

- ▶ **Programm Air2030 – Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraumes: Die zweiten Offerten für das Neue Kampfflugzeug (NKF) sowie für die Bodengestützte Luftverteidigung grössere Reichweite (BODLUV GR) sind ausgewertet, die Evaluationsberichte sind erstellt. Der Bundesrat hat über die Typenwahl für neue Kampfflugzeuge und für ein neues System der bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite entschieden. ***

Die zweiten Offerten für das Neue Kampfflugzeug sowie für die bodengestützte Luftverteidigung grössere Reichweite wurden ausgewertet und die Evaluationsberichte erstellt. Der Bundesrat hat am 30. Juni 2021 über die Typenwahl beider Systeme entschieden.

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Militärgesetzes und der Armeeorganisation ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zu verschiedenen Änderungen von Militärgesetz, Verordnung über die Armeeorganisation und weiteren rechtlichen Grundlagen am 1. September 2021 verabschiedet.

- ▶ **Die Armeebotschaft 2021 ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Armeebotschaft 2021 am 17. Februar 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Ausbau der Cyberfähigkeiten der Armee ist fortgeführt: Die Struktur eines zukünftigen Kommando Cyber liegt vor und die erforderlichen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen sind bekannt.**

Der Ausbau der Cyberfähigkeiten der Armee verläuft planmässig. Die Struktur eines zukünftigen Kommando Cyber liegt vor und die erforderlichen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen wurden in der Armeebotschaft 2021 festgehalten.

Ziel 2 Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Umsetzung des Stationierungskonzepts zur Reduktion des Kernbestands verläuft planmässig.**

Die ursprünglichen Ziele zur Senkung des Kernbestands wurden noch nicht erreicht. Für die Verzögerung gab es verschiedene Gründe. Die Umsetzung einzelner Objektstrategien ist teilweise langwierig. Es gibt exogene und politische Faktoren wie Bundesrichtlinien, langwierige Sachplanverfahren und regionalpolitische Einflüsse, die zu jahrelangen Prozessen führen. Der Chef der Armee hat den Prozess zur längerfristigen Ausrichtung der Armee beauftragt, der auch ein Arbeitspaket Stationierung enthält. Die notwendigen Anpassungen werden somit erfolgen. Die in der Verantwortung der armasuisse stehenden Immobilienvorhaben zur Umsetzung des Stationierungskonzepts konnten plangemäss realisiert werden.

- ▶ **Die Massnahmen, welche aus dem abgeschlossenen Projekt «Beschaffungsanalyse VBS» abgeleitet wurden, befinden sich planmässig in Umsetzung.**

Die Massnahmen befinden sich bei allen beteiligten Departementsbereichen planmässig in Umsetzung und werden im Rahmen des installierten Umsetzungscontrollings regelmässig mit der Chefin VBS besprochen.

- ▶ **Der Projektplan zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesrats zum ehemaligen Munitionslager Mitholz liegt vor.**

Der Gesamtablauf für die Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz ist erstellt und wurde vom Steuerungsausschuss am 3. September 2021 zur Kenntnis genommen. Am 23. September 2021 wurde die Planung den Medien sowie anlässlich einer Informations-Plattform der betroffenen Bevölkerung vorgestellt.

Ziel 3 Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz gutgeheissen und das Parlament hat es zur Kenntnis genommen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 24. November 2021 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bericht für die künftige Ausrichtung des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) liegt vor.**

Der Bericht ist erarbeitet und wurde am 22. November 2021 der politischen Plattform des Sicherheitsverbunds Schweiz vorgelegt.

Ziel 4 Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Konzeptphase zum Nationalen Sicherem Datenverbundsystem (SDVS) mit Lageverbundsystem ist abgeschlossen.**

Der Projektinitialisierungsauftrag für das Sichere Datenverbundnetz (SDVN) und die IP-Vernetzung aus dem Datenzugangssystem (Teil DZS), neu zusammengefasst als SDVN+, wurde freigegeben. Parallel dazu wurden erste Planungsarbeiten zum Bau des SDVN gestartet.

- ▶ **Werterhalt Sicherheitsfunknetz Polycom 2030: Die Migration von insgesamt 10 Teilnetzen ist abgeschlossen.**

Die Migration der kantonalen Teilnetze konnte nicht plangemäss erfolgen. Verzögerungen beim Lieferanten bei der Fertigstellung der für die Migration notwendigen Bundeskomponenten führten zu Anpassungen der Projektplanung.

- ▶ **Auslegeordnung ABC Schutz Schweiz: Der Bericht zum Ist-Zustand liegt vor. Darin enthalten sind auch Erkenntnisse aus der Covid-Krise.**

Der Bericht zum Ist-Zustand liegt planmässig vor und wurde von der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) und vom Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) genehmigt.

Ziel 5

Sportförderung und Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft Sportgrossanlässe ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat am 1. Oktober 2021 die neue Strategie zur Unterstützung von Sportgrossanlässen in der Schweiz zur Kenntnis genommen und das VBS beauftragt, die Botschaft mit den ab 2023 unterstützungswürdigen Grossanlässen zu erarbeiten.
- ▶ **Die angepasste Sportförderungsverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die rechtlichen Anpassungen in der Sportförderungsverordnung zur Akkreditierung der Eidgenössischen Hochschule für Sport in Magglingen am 11. August 2021 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Drei bis vier dezentrale Wintersportzentren anstelle eines nationalen Schneesportzentrums» (in Erfüllung des Po. Engler 19.4044) und den Bericht «Vor- und Nachteile der strafrechtlichen Verfolgung des Eigengebrauchs von Doping» (in Erfüllung des Po. Dobler 19.4366) zur Kenntnis genommen. ***
Der Bundesrat hat den Bericht «Drei bis vier dezentrale Wintersportzentren anstelle eines nationalen Schneesportzentrums» (in Erfüllung des Po. Engler 19.4044) am 3. Dezember 2021 und den Bericht «Vor- und Nachteile der strafrechtlichen Verfolgung des Eigengebrauchs von Doping» (in Erfüllung des Po. Dobler 19.4366) am 10. Dezember 2021 zur Kenntnis genommen.

Ziel 6

Landestopografie swisstopo

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Aktionsplan «Digitalisierung des geologischen Untergrunds» zur Kenntnis genommen. ***
Der Bundesrat hat den Aktionsplan «Digitalisierung des geologischen Untergrunds – Umfeld, Herausforderungen und Massnahmen» am 12. Mai 2021 zur Kenntnis genommen.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zum Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz (LKCH) zur Kenntnis genommen. ***
Der Bundesrat hat den Bericht am 17. September 2021 zur Kenntnis genommen und das VBS mit der Ausarbeitung der rechtlichen Grundlagen für den Aufbau des Leitungskatasters beauftragt.
- ▶ **Die Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeoIG, SR 510.62) sowie die Verordnung über die Landesgeologie (LGeoIV, SR 510.624) sind durch den Bundesrat verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu den Änderungen im Bundesgesetz über Geoinformation am 19. Mai 2021 eröffnet. Zahlreiche Rückmeldungen aus der Vernehmlassung erforderten intensive Abklärungen. Es ging dabei insbesondere um den Einbezug der Dachverbände. Aus diesem Grund konnte das Geschäft im Berichtsjahr nicht wie geplant verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Schaffung nationaler Register raumbezogener Daten zur Kenntnis genommen. ***

Da die Ämterkonsultation und deren Auswertung mehr Zeit erforderte als angenommen konnte die Kenntnisnahme durch den Bundesrat nicht mehr im Berichtsjahr erfolgen.

Ziel 7

Nachrichtendienst Bund

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassung für einen Vorentwurf und einen erläuternden Bericht zur Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) ist durch den Bundesrat eröffnet. ***

Die Bereinigung von Differenzen sowie die Berücksichtigung der Eingaben der unabhängigen Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten erforderten eine Erstreckung des Zeitplans. Dadurch konnte die Vernehmlassung für einen Vorentwurf und einen erläuternden Bericht zur Revision des Nachrichtendienstgesetzes nicht mehr im Berichtsjahr eröffnet werden.

- ▶ **Der Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist dem Bundesrat unterbreitet.**

Der Bundesrat hat den Bericht zur jährlichen Bedrohungslage am 12. Mai 2021 gutgeheissen.

Finanzdepartement

Ziel 1 Die Schweiz sorgt für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt und eine stabile Finanzordnung

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur Weiterentwicklung der Mehrwertsteuer verabschiedet. ***
Am 24. September 2021 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung durchgeführt und die Botschaft zur Änderung des Finanzhaushaltgesetzes (Umgang mit den Corona-Schulden) verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung vom 25. August bis 28. November 2021 durchgeführt. Die Botschaft konnte nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden, weil die Höhe der ausserordentlichen Ausgaben erst im Sommer 2021 abschätzbar wurde, nach den Entscheiden des Parlaments zu den Corona-Massnahmen in der Sommersession 2021 und nachdem sich die Impfungen stabilisierend ausgewirkt hatten.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Zwischenbericht über die Überprüfung der Aufgabenteilung und der Finanzierungsverantwortung zwischen dem Bund und den Kantonen (Projekt Aufgabenteilung II) gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat den Zwischenbericht nicht wie geplant gutgeheissen, weil er (Bundesratsbeschluss vom 19. März 2021) und die Konferenz der Kantonsregierungen das Projekt «Aufgabenteilung II» sistiert haben. Gleichzeitig hat der Bundesrat festgehalten, über eine Wiederaufnahme und eine allfällige Anpassung des Mandats werde bis Mitte 2023 entschieden.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Einführung einer Tonnage Tax eröffnet. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 24. Februar 2021 eröffnet.
- ▶ **Der Bundesrat hat – in Umsetzung der Botschaft zur Vereinfachung und Optimierung der Haushaltssteuerung – die Änderung der Finanzhaushaltverordnung gutgeheissen.**
Der Bundesrat hat die Änderung der Finanzhaushaltverordnung am 10. November 2021 gutgeheissen und per 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt.
- ▶ **Die Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem EFD und der SNB für die Geschäftsjahre 2021–2025 ist unterzeichnet.**
Das EFD und die SNB haben am 29. Januar 2021 eine neue Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der SNB für die Geschäftsjahre 2020 bis 2025 unterzeichnet.

Ziel 2

Der Bund erbringt seine staatlichen Leistungen effizient und möglichst digital

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Zollgesetzes zur Kenntnis genommen und die Botschaft dazu verabschiedet. ***

Der Bericht zum Vernehmlassungsergebnis und die Botschaft wurden im Berichtsjahr erarbeitet. Der Bundesrat konnte jedoch das Vernehmlassungsergebnis nicht wie geplant zur Kenntnis nehmen und die Botschaft nicht verabschieden, weil aufgrund der Ämterkonsultation Zusatzabklärungen erforderlich waren und die Vorlage mit einer Datenschutzfolgeabschätzung, welche aufgrund des geänderten Datenschutzgesetzes erforderlich ist, erweitert wurde.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen betreffend das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben entschieden (EIMiG). ***

Der Bundesrat hat nicht wie geplant vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden, weil am 11. August 2021 eine Zusatzvernehmlassung zu einer Übergangsbestimmung betreffend Finanzierung der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» (Agenda DVS) gestartet wurde, deren Ergebnisse dem Bundesrat zusammen mit dem Ergebnis der ursprünglichen Vernehmlassung zu unterbreiten sind.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Rahmenvereinbarung zur Schaffung der Plattform «Digitale Verwaltung Schweiz DVS» für die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in der Digitalisierung genehmigt. ***

Der Bundesrat hat die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) am 24. September 2021 genehmigt.

- ▶ **Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen zur Verankerung der digitalisierten Arbeitswelt in der Bundespersonalpolitik entschieden. ***

Der Bundesrat hat am 12. Mai 2021 eine Revision der Bundespersonalverordnung verabschiedet und auf den 1. Juli 2021 in Kraft gesetzt. Mit dieser Revision verankert der Bundesrat zusätzliche Bestimmungen zu den flexiblen Arbeitsformen in seinen personalrechtlichen Grundlagen. Zudem wurde auch die Aus- und Weiterbildung an die neuen Bedürfnisse angepasst.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht / die Botschaft über die Vollzugs- und Wirkungskontrolle des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (Evaluation NFB 2020) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht über die Vollzugs- und Wirkungskontrolle des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (Evaluationsbericht NFB 2021) am 24. November 2021 genehmigt.

- ▶ **Der Bundesrat hat folgende Berichte in Erfüllung von Postulaten gutgeheissen: Bericht «Eignerstrategie des Bundesrates für die verselbstständigten Einheiten des Bundes» (in Erfüllung des Po. Abate 18.4274), Bericht «Kann der Personalbestand im Grenzwachtkorps aufgrund der Personalreduktion im Zusammenhang mit DaziT bis 2026 aufgestockt werden?» (in Erfüllung des Po. SiK-N 18.3386) und Bericht «Den Fleischsmuggel wirkungsvoll eindämmen» (in Erfüllung des Po. Dettling 17.3225). ***

Den Bericht zum Postulat Abate 18.4274 hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 gutgeheissen, denjenigen zum Postulat SiK-N 18.3386 am 17. September 2021 und den Bericht zum Postulat Dettling 17.3225 am 20. Januar 2021.

- ▶ **Was das Programm SUPERB betrifft, liegt eine erste Version der harmonisierten Supportprozesse (Kernsystem) auf den vorproduktiven Informatiksystemen vor und schafft damit die Grundlage für die nachfolgende Integration der Fachanwendungen.**

Eine erste Version des Kernels wurde erstellt und abgenommen. Bei den Abnahmearbeiten stellte sich heraus, dass einige Punkte nachgeliefert werden müssen. Dies hängt mit fachlichen Fragestellungen sowie mit Abhängigkeiten zur Roadmap des Lieferanten SAP zusammen. Der Kernel wurde ausserdem technisch an das VBS (ERPSYSVAR) übermittelt.

- ▶ **Das BIT hat im Rahmen des Programms «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» die Migration der Büroautomation (BA), beim BABS und beim NDB abgeschlossen.**

Die Migration der Büroautomation wurde bei den Verwaltungseinheiten NDB und BABS per 31. Oktober 2021 abgeschlossen.

- ▶ **Im Rahmen des Programms zur Transformation des BIT hin zu einer agilen Organisation sind die Value Streams definiert, die Business Owner (Chapter und Fachverantwortliche) sind ernannt und die Kostenstruktur für 2022 ist angepasst.**

Die Value Streams wurden definiert, die Business Owner ernannt und die Kostenstruktur für 2022 angepasst. Die neue Organisation ist seit dem 1. Juli 2021 vollständig operativ.

Ziel 3

Die Schweiz sorgt für bestmögliche stabile sowie innovationsfördernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen im digitalen Zeitalter und fördert das inländische Arbeitskräftepotential

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 14. April 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat Anpassungen auf Verordnungsstufe betreffend das Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register gutgeheissen und das Bundesgesetz in Kraft gesetzt. ***

Der Bundesrat hat am 18. Juni 2021 die Mantelverordnung zum Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register gutgeheissen und sie zusammen mit dem zweiten Teil des Gesetzes – der erste Teil des Gesetzes trat bereits per 1. Februar 2021 in Kraft – per 1. August 2021 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bundesrat hat folgende Berichte in Erfüllung von Postulaten gutgeheissen: Bericht «Den Wildwuchs und den Wirrwarr bei den Regeln der Baukunde beenden» (in Erfüllung des Po. Flach 19.3894) und Bericht «Sanktionen am Ort der Erbringung der Leistungen» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 19.4213). ***

Der Bericht zum Postulat Flach 19.3894 konnte nicht im Berichtsjahr gutgeheissen werden, weil dessen Bereinigung im Nachgang zu den kontroversen Stellungnahmen aus der informellen Konsultation (Wirtschaft, Kantone, Normenorganisationen und Bundesverwaltung) mehr Zeit erfordert als geplant. Auch der Bericht zum Postulat Bourgeois 19.4213 konnte nicht gutgeheissen werden, weil dieser infolge der komplexen Thematik, die verschiedene Akteure interessiert (Sozialpartner, SECO, EBG, Beschaffungsstellen), mittels deren Einbezug breit abgestützt werden soll. Das revidierte öffentliche Beschaffungsrecht ist per 1. Januar 2021 in Kraft getreten.

- ▶ **Der Bundesrat hat Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Green Fintechs beschlossen. ***

Am 18. August 2021 hat der Bundesrat Eckwerte zur künftigen verbindlichen Klimaberichterstattung von grossen Schweizer Unternehmen beschlossen. Zudem hat der Bundesrat am 17. November 2021 – mit Blick auf die Bekämpfung von «Greenwashing» – Massnahmen zur Erhöhung der Transparenz auf Finanzprodukten beschlossen.

- ▶ **Im Rahmen der Positionierung der Schweiz als ein führender nachhaltiger Finanzstandort hat sich das EFD aktiv bei den Arbeiten massgeblicher internationaler Gremien (FSB, IWF, G20, International Platform on Sustainable Finance und Coalition of Finance Ministers for Climate Action) zu nachhaltigen Finanzmärkten eingebracht.**

Das EFD nahm aktiv an neugegründeten Arbeitsgruppen teil, wie der G20 Sustainable Finance Working Group, der FSB Working Group on Climate Risk sowie dem FSB Workstream on Climate Disclosures. Als Co-Chair einer Arbeitsgruppe der International Platform on Sustainable Finance gestaltete das EFD massgeblich die Arbeiten zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsindikatoren im Finanzmarkt mit.

- ▶ **Im Bereich Standortqualität für Digital Finance hat das EFD dem Bundesrat Bericht über die Analyse und Auslegeordnung erstattet und geeignete Massnahmen vorgeschlagen.**

Der Bericht «Digital Finance» wurde 2021 erarbeitet, konnte aber noch nicht wie geplant dem Bundesrat vorgelegt werden, weil die Konsultation der Betroffenen wesentliche Erkenntnisse brachte, deren Verarbeitung in den Bericht zusätzliche Zeit in Anspruch nahm.

- ▶ **Das EFD hat die Vernehmlassung zur Anpassung der Verordnung über die Liquidität der Banken und Wertpapierhäuser (LiqV) eröffnet.**
Das EFD hat die Vernehmlassung am 30. September 2021 eröffnet.
- ▶ **Das EFD hat die Vernehmlassung zur Anpassung der Kollektivanlagenverordnung (KKV) im Zuge der Anpassungen des Kollektivanlagengesetzes (KAG) zum Limited Qualified Investor Fund (L-QIF) eröffnet.**
Die Beratung der Änderung des KAG im Parlament hat sich verzögert, weshalb die Vernehmlassung für die KKV noch nicht eröffnet werden konnte.
- ▶ **Das EFD hat die Verhandlungen mit den USA zu einem FATCA-Abkommen nach Modell 1 durchgeführt.**
Die Schweiz hat den USA Vorschläge unterbreitet. Die für Frühling 2021 vereinbarten telefonischen Verhandlungen mussten jedoch verschoben werden, weil die USA die Vorbereitungsarbeiten nicht abschliessen konnten. Anschliessend führten andere dringliche Geschäfte zu weiteren Verzögerungen auf US-Seite.

Ziel 4

Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten und zum EU-Binnenmarkt

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Position der Schweiz zum Bericht der OECD betreffend das Projekt «Massnahmen zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft» festgelegt. ***
Der Bundesrat hat die Eckwerte der Schweizer Position am 23. Juni 2021 gutgeheissen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Konsultation der zuständigen Kommissionen zur Kenntnis genommen und die Eckwerte der Position der Schweiz zur Revision des OECD-Standards für den internationalen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten genehmigt. ***
Am 1. September 2021 hat der Bundesrat die Konsultationsergebnisse zur Kenntnis genommen und die Eckwerte der Position der Schweiz genehmigt.
- ▶ **Der Bundesrat hat ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich im Bereich Finanzdienstleistungen unterzeichnet. ***
Die zu Jahresbeginn initiierten Verhandlungen sind über das Jahr hinweg gut vorangeschritten. Aufgrund der Komplexität und des Umfangs der Verhandlungen dauern diese weiter an.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Rohstoffbericht gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat den Bericht am 21. April 2021 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat ist über den Stand von Äquivalenzverfahren der EU und bilaterale Marktzugangsbedingungen im Finanzbereich informiert und hat diese zur Kenntnis genommen.**

Aufgrund der allgemeinen Ausgangslage in den Beziehungen Schweiz-EU nach dem Entscheid des Bundesrats vom 26. Mai 2021, die Verhandlungen über ein Institutionelles Abkommen mit der EU (InstA) nicht fortzuführen, ergaben sich keine substantiellen neuen Erkenntnisse zum Stand der Äquivalenzverfahren mit der EU und der bilateralen Marktzugangsbedingungen, über die der Bundesrat hätte informiert werden können.

- ▶ **Im Bereich Transparenz und Steueramtshilfe bzw. Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum im Länderbericht 2020 zur Schweiz (Informationsaustausch auf Ersuchen) hat das EFD die Empfehlungen geprüft und eine Auslegeordnung als Grundlage zur Bestimmung des weiteren Vorgehens erstellt.**

Das EFD hat die Empfehlungen des Global Forum geprüft und eine Auslegeordnung mit möglichen Optionen zu deren Umsetzung erstellt. Einige Empfehlungen konnten mit der Revision des Geldwäschereigesetzes vom März 2021 adressiert werden. Die Umsetzung eines weiteren Teils der Empfehlungen hängt u.a. von den weiteren Entwicklungen in der Financial Action Task Force FATF ab (insbesondere die Revision der Empfehlung 24 zur Transparenz und wirtschaftlichen Berechtigung bei juristischen Personen). Ein Vorentwurf für eine Änderung des Steueramtshilfegesetzes zur Einführung der gleichzeitigen Steuerprüfungen ist in Arbeit.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Aktualisierung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr und über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (ZESA) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 25. August 2021 verabschiedet.

Ziel 5

Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Konsultation der zuständigen Kommissionen zur Kenntnis genommen und die Eckwerte der Position der Schweiz zur Revision der GAFI-Empfehlung (R. 24) über die Transparenz juristischer Personen und des wirtschaftlichen Eigentümers (beneficial owner) genehmigt. ***

Der Bundesrat hat am 12. Mai 2021 die Ergebnisse der Konsultation zur Kenntnis genommen und die Eckwerte der Position der Schweiz (in Form von Verhandlungsdirektiven) genehmigt.

- ▶ **Der Bundesrat hat das revidierte Geldwäschereigesetz (GwG) in Kraft gesetzt und die entsprechenden Verordnungen gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat am 1. Oktober 2021 die Vernehmlassung zu entsprechenden Verordnungsänderungen eröffnet. Am 3. November 2021 hat er Teile des revidierten Geldwäschereigesetzes (Übergangsregime für Edelmetallhandelsprüfer) per 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt. Die vollständige Inkraftsetzung des Gesetzes und die Gutheissung der Verordnungen konnten nicht im Berichtsjahr erfolgen, weil der parlamentarische Prozess mehr Zeit als erwartet in Anspruch genommen hat.

- ▶ **Der Bundesrat hat – in Umsetzung der Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der neuen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache – die Änderung der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums gutgeheissen.**

Der Bundesrat hat vom 20. Oktober bis 22. Dezember 2021 eine Vernehmlassung zu den Ausführungsverordnungen durchgeführt. Die Gutheissung der Verordnung konnte nicht im Berichtsjahr erfolgen, weil für die Eröffnung der Vernehmlassung die Schlussabstimmung vom 1. Oktober 2021 zur Übernahme und Umsetzung der neuen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (EU-Verordnung) abgewartet werden musste.

Ziel 6 Die Schweiz kennt die Bedrohungen ihrer Sicherheit und verfügt über die notwendigen Instrumente, um diesen wirksam entgegenzutreten

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einem Gesamtkredit «Stromsichere Polycom-Sendeanlagen Bund» zur Kenntnis genommen und die Botschaft dazu verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis am 17. November 2021 zur Kenntnis genommen und die Botschaft zu einem Bundesbeschluss über die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Polycom-Sendeanlagen des Bundes verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Entwicklungen im internationalen Eisenbahnverkehr und Grenzkontrollen des Grenzwachtkorps. Wir müssen auf Änderungen gefasst sein» (in Erfüllung des Po. Romano 17.4177) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht zum Postulat Romano 17.4177 am 30. Juni 2021 gutgeheissen.

Ziel 7 Die Schweiz reformiert ihre Sozialwerke und finanziert sie nachhaltig

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat folgende Berichte in Erfüllung von Postulaten gutgeheissen: Bericht «Finanzierung Sozialversicherungen» (in Erfüllung des Po. de Courten 19.4077) und Bericht «Generationenbilanzierung aktualisieren» (in Erfüllung des Po. Bertschy 17.3884). ***

Der Bundesrat hat den Bericht zum Postulat de Courten 19.4077 (IV-Schuldentilgung durch Negativzinsen. Marktgerechte Finanzinstrumente in der Vermögensverwaltung der Sozialversicherungen) und den Bericht zum Postulat Bertschy 17.3884 (Generationenbilanz) am 10. Dezember 2021 gutgeheissen.

Ziel 8

Der Bund tritt Cyberrisiken entgegen und unterstützt und ergreift Massnahmen, um die Bürgerinnen und Bürger sowie die kritischen Infrastrukturen zu schützen

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat ist über den Umsetzungsstand der Massnahmen 2021 aus der Umsetzungsplanung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018–2022 informiert worden.**

Der Cyberausschuss des Bundesrates hat den Bericht zum Umsetzungsstand der Massnahmen 2021 am 17. August 2021 verabschiedet; dies anstelle einer Information des Bundesrates.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Haben wir die Hard- und Softwarekomponenten bei unseren kritischen Infrastrukturen im Griff?» und «Haben wir die Cybersicherheit bei Beschaffungen der Armee im Griff?» (in Erfüllung der Po. Dobler 19.3136 und 19.3135) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Produktesicherheit und Supply Chain Risk Management in den Bereichen Cybersicherheit und Cyberdefence» in Erfüllung beider Postulate am 24. November 2021 gutgeheissen.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1 Die Schweiz sorgt für bestmögliche stabile sowie innovationsfördernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen im digitalen Zeitalter und fördert das inländische Arbeitskräftepotential

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (in Erfüllung der Mo. Bischof 16.3902) ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 17. November 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Kartellgesetzes (in Erfüllung der Mo. Fournier 16.4094) eröffnet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 24. November 2021 eröffnet. Darin wurde auch ein Umsetzungsvorschlag zur Erfüllung der Mo. Français 18.4282 integriert.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassungen zu einem Bundesgesetz über die administrative Entlastung der Unternehmen und zur Einführung einer Regulierungsbremse (in Erfüllung der Mo. Sollberger 16.3388 und der Mo. FDP-Liberale Fraktion 16.3360) eröffnet. ***

Der Bundesrat hat die beiden Vernehmlassungen am 28. April 2021 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Bessere Verfahren beim Zugang zu den geschlossenen Märkten des Bundes» (in Erfüllung des Po. Caroni 19.3701) gutgeheissen.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 10. Dezember 2021 gutgeheissen.

- ▶ **Die Botschaft zur Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 5. März 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Einführung einer Investitionskontrolle (in Erfüllung der Mo. Rieder 18.3021) eröffnet. ***

Aufgrund der Komplexität der Fragestellung im Zusammenhang mit der Umsetzung einer Investitionskontrolle konnte die Vernehmlassung nicht wie geplant eröffnet werden. Hingegen hat der Bundesrat am 25. August 2021 die Eckwerte einer Kontrolle von ausländischen Investitionen bestimmt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Evaluation der Stellenmeldepflicht bezüglich ihrer Wirkung auf inländisches Arbeitskräftepotential, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung zur Kenntnis genommen.**

Der Bundesrat hat am 11. Juni 2021 von den Ergebnissen der Wirkungs- und Monitoringevaluationen über die Einführungsphase der Stellenmeldepflicht (vom 1. Juli 2018 bis zum 31. Dezember 2019) Kenntnis genommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die Umsetzung der Tourismusstrategie 2017 sowie die Stossrichtung der Tourismuspolitik ab 2022 zur Kenntnis genommen.**

Der Bundesrat hat am 10. November 2021 die neue Tourismusstrategie des Bundes gutgeheissen. Die neue Tourismusstrategie legt die Stossrichtungen der Tourismuspolitik des Bundes in den nächsten Jahren fest und enthält einen Bericht über die Umsetzung der Tourismusstrategie aus dem Jahr 2017.

Ziel 2

Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten und zum EU-Binnenmarkt

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für die zwölfte ordentliche WTO-Ministerkonferenz verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat am 24. September 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat Botschaften (unter anderem die Botschaft zur Genehmigung des FHA zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten) zur Genehmigung von Freihandelsabkommen (FHA) verabschiedet und Entscheide zur Aufnahme von Verhandlungen für neue sowie die Modernisierung bestehender FHA gefällt. ***

Das Abkommen mit den Mercosur-Staaten konnte noch nicht unterzeichnet werden. Die juristische Überprüfung dauert noch an. Der Regierungswechsel in Argentinien, die parallele Bereinigung der EU-Mercosur Texte sowie die Corona-Pandemie haben den Prozess verzögert. Ausserdem zeigten sich während der juristischen Überprüfung, dass hinsichtlich einiger inhaltlicher Punkte unterschiedliche Interpretationen bestehen, die noch geklärt werden müssen. Die Lancierung von Verhandlungen mit Kosovo und Thailand wurden beschlossen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die aktualisierte Aussenwirtschaftsstrategie genehmigt. ***

Der Bundesrat hat die aktualisierte Aussenwirtschaftsstrategie am 24. November 2021 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Strategie «Mind the Gap» weiter umgesetzt und sichergestellt, dass die guten Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich aufrechterhalten und weiterentwickelt werden konnten. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung des seit dem 1. Januar 2021 befristet angewandten Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Mobilität von Dienstleistungserbringern am 30. Juni 2021 verabschiedet. Mit dem seit dem 1. September 2021 vorläufig angewendeten Beschluss Nr. 2/2021 des gemischten Handelsausschusses Schweiz–Vereinigtes Königreich wurden neue Ursprungsregeln eingeführt, die die Kumulation mit Vormaterialien mit Ursprung in der EU und der Türkei wieder ermöglichen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU verabschiedet. ***

Auf der Grundlage einer Gesamtevaluation der Resultate der Verhandlungen hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen, das institutionelle Abkommen (InstA) mit der EU nicht zu unterzeichnen und die Verhandlungen darüber zu beenden.

- ▶ **Das bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Anerkennung der Konformitätsbewertungen (MRA) ist im Bereich der Medizinprodukte aktualisiert.**

Das Abkommen konnte nicht aktualisiert werden, da die Europäische Kommission die Aktualisierung des Abkommens an eine Lösung der institutionellen Fragen knüpft.

- ▶ **Der Bundesrat hat eine gemeinsame Verständigung (Memorandum of Understanding) mit der EU getroffen, welche die Prinzipien und Eckwerte des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten festhält. Unter der Voraussetzung, dass keine diskriminierenden Massnahmen der EU gegenüber der Schweiz vorliegen, hat er bilaterale Rahmenabkommen zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten abgeschlossen. ***

Am 11. August 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zur Freigabe des zweiten Schweizer Beitrags verabschiedet. Das Parlament hat am 30. September 2021 entschieden, dem Antrag des Bundesrates zu folgen und die genannte Bedingung bzgl. der diskriminierenden Massnahmen der EU aufzuheben. Daraufhin konnte auch eine Einigung zu einem Memorandum of Understanding (MoU) mit der EU erzielt werden. Am 24. November 2021 hat der Bundesrat diese MoU genehmigt; es soll unterzeichnet werden, sobald auch auf EU-Seite die internen Genehmigungsverfahren abgeschlossen sind. Dieses MoU dient inhaltlich als Basis für die bilateralen Rahmenabkommen zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten (sogenannte Umsetzungsabkommen). Entsprechende Gespräche mit den Partnerstaaten wurden 2021 weitergeführt.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Rohstoffbericht gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat am 21. April 2021 den Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht des Bundesrates vom 30. November 2018 über den Rohstoffsektor Schweiz zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte «Das Dumping im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern bekämpfen. Vorzeigeschülerin Schweiz?» (in Erfüllung des Po. Buttet 17.3126), «Bericht über die Marktzutrittsbedingungen in der Schweiz und ihren Nachbarländern unter dem Aspekt der Gegenseitigkeit» (in Erfüllung des Po. Chiesa 17.3137) sowie «Erarbeitung einer Methodik zur Beurteilung der Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf die nachhaltige Entwicklung» (in Erfüllung des Po. GPK-N 19.3011) gutgeheissen.**

Der Bundesrat hat am 24. Februar 2021 den Bericht «Das Dumping im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern bekämpfen. Vorzeigeschülerin Schweiz?» (in Erfüllung des Po. Buttet 17.3126) gutgeheissen. Am 23. Juni 2021 hat der Bundesrat den «Bericht über die Marktzutrittsbedingungen in der Schweiz und ihren Nachbarländern unter dem Aspekt der Gegenseitigkeit» (in Erfüllung des Po. Chiesa 17.3137) gutgeheissen. Der Bericht zum Postulat der GPK-N 19.3011 konnte im Berichtsjahr nicht gutgeheissen werden, da eine OECD-Studie, die als Grundlage für die Erarbeitung des Berichts dienen soll, erst Mitte Oktober 2021 fertiggestellt wurde.

Ziel 3

Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation und nutzt die Chancen der Digitalisierung

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die strategischen Ziele für den ETH-Bereich 2021–2024 genehmigt. ***
Der Bundesrat hat die strategischen Ziele für den ETH-Bereich am 21. April 2021 genehmigt.
- ▶ **Der Bundesrat hat die strategischen Ziele für Innosuisse für die Periode 2021–2024 genehmigt. ***
Der Bundesrat hat die strategischen Ziele für Innosuisse am 31. März 2021 genehmigt.
- ▶ **Der Bundesrat hat das Abkommen für eine Schweizer Beteiligung an den Programmen und Initiativen der EU im Bereich Forschung und Innovation für die Jahre 2021–2027 (Horizon-Paket) abgeschlossen. ***
Das Abkommen konnte nicht abgeschlossen werden, da die Europäische Kommission vor dem Hintergrund der Gesamtbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU exploratorische Gespräche sowie Verhandlungen zur Assoziierung verweigert. Die Schweiz hat aktuell den Status eines nicht-assoziierten Drittstaates inne. Am 20. Oktober 2021 hat der Bundesrat Übergangsmassnahmen genehmigt, welche die Folgen der fehlenden Verhandlungsabschlüsse abfedern sollen.
- ▶ **Unter Vorbehalt eines positiven Grundsatzentscheides hat der Bundesrat die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz an der internationalen Forschungsinfrastruktur «Square Kilometre Array Observatory» (SKAO) verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 4. Juni 2021 verabschiedet.
- ▶ **Unter Vorbehalt eines positiven Grundsatzentscheides hat der Bundesrat die Botschaft zur Ermöglichung der Schweizer Beteiligung bei bestimmten ERIC (European Research Infrastructure Consortiums) verabschiedet. ***
Der Bundesrat konnte aufgrund der Notwendigkeit von vertieften rechtlichen Abklärungen die Botschaft im Berichtsjahr nicht verabschieden.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) an das Parlament überwiesen.**
Der Bundesrat hat die Botschaft am 17. Februar 2021 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen für eine Schweizer Beteiligung am Programm Erasmus für die Jahre 2021–2027 entschieden und gegebenenfalls eine Finanzierungsbotschaft verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat am 13. Januar 2021 über das weitere Vorgehen entschieden und ein Verhandlungsmandat verabschiedet. Eine Finanzierungsbotschaft konnte nicht verabschiedet werden, da die Europäische Kommission eine Assoziierung der Schweiz vor dem Hintergrund der Gesamtbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU beurteilt und bislang exploratorische Gespräche und Verhandlungen über zeitliche, finanzielle oder inhaltliche Eckpunkte einer Assoziierung verweigert.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Verordnung über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung ist abgeschlossen und die Verordnung in Kraft gesetzt. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung vom 18. Juni bis 15. Oktober 2021 durchgeführt. Die Verordnung konnte aufgrund der Priorisierung anderer Dossiers aber nicht mehr im Berichtsjahr in Kraft gesetzt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat entsprechend den Resultaten der Vernehmlassung das Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland über die gegenseitige Anerkennung von Berufsbildungsabschlüssen (Aktualisierung des Abkommens von 1937) ratifiziert.**

Der Bundesrat hat das Abkommen am 3. Februar 2021 genehmigt und das Abkommen ist am 1. September 2021 in Kraft getreten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes und der Kantone Movetia (Movetiagesetz) verabschiedet. ***

Aufgrund eines vertieften Abklärungsbedarfs hinsichtlich einer geeigneten Governance-Struktur und des Einbezugs der Kantone in die entsprechenden Abklärungen konnte die Botschaft im Berichtsjahr nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat das EHB-Gesetz in Kraft gesetzt, die Verordnung zum EHB-Gesetz erlassen und die Ausführungsverordnungen des EHB-Rates genehmigt.**

Der Bundesrat hat am 18. Juni 2021 das EHB-Gesetz und die EHB-Verordnung auf den 1. August 2021 in Kraft gesetzt. Zudem hat er die Gebührenverordnung und die Personalverordnung des EHB-Rates genehmigt.

- ▶ **Der Bundesrat ist über die ersten Resultate der Pilotprogramme in den Kantonen zur kostenlosen Standortbestimmung, Potenzialabklärung und Laufbahnberatung für Erwachsene über 40 Jahre informiert.**

Der Bundesrat wurde am 17. Dezember 2021 über die ersten Resultate der Pilotprogramme in den Kantonen zur kostenlosen Standortbestimmung, Potenzialabklärung und Laufbahnberatung für Erwachsene über 40 Jahre informiert.

Ziel 4

Die Schweiz engagiert sich für Reformen zur Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit und intensiviert gezielt ihr Engagement in der internationalen Zusammenarbeit

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Beiträge an multilaterale Organisationen und internationale Finanzinstitutionen als wichtiger Bestandteil der Umsetzung der Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds [ADF13]) sind beschlossen. ***

Der Bundesrat hat am 24. Februar 2021 entschieden, dass sich die Schweiz mit 24,8 Millionen Franken an der Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds beteiligt.

- ▶ **Das bilaterale Rahmenabkommen der internationalen Zusammenarbeit mit Ghana ist abgeschlossen. ***

Das Abkommen konnte insbesondere aufgrund der sich verzögernden Regierungsbildung in Ghana im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden.

- ▶ **Die Wirkung der IZA-Aktivitäten ist dank Nutzung des Digitalisierungspotenzials erhöht und die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor zur Finanzierung von klimarelevanten Projekten im Rahmen der Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA-Strategie 2021–2024) gestärkt.**

Die Digitalisierung wird bei der Umsetzung der IZA-Strategie 2021–2024 genutzt und die klimarelevanten Finanzierungsmodalitäten wurden ausgebaut. Im Berichtsjahr wurden 111 Millionen Franken zur Bekämpfung des Klimawandels und dessen Auswirkungen eingesetzt. Dies entspricht einer Zunahme um 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Ziel 5

Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend, erhöht die Versorgungssicherheit des Landes und fördert eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Reorganisation des Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel umgesetzt. ***

Der Bundesrat hat am 17. Februar 2021 Massnahmen zur Optimierung des Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel beschlossen. Neu wird die Zulassungsstelle für Pflanzenschutzmittel dem BLV zugeordnet. Die entsprechenden Änderungen des Landwirtschaftsgesetzes und der Pflanzenschutzmittelverordnung hat der Bundesrat am 17. November 2021 gutgeheissen und auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Ethanol eröffnet. ***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 19. März 2021 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Rapssaatgut eröffnet. ***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 26. Mai 2021 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte «Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Weltagrарberichtes des IAASTD. Fazit und Ausblick in Bezug auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UNO-Agenda 2030» (in Erfüllung des Po. Graf Maya 19.3855) und «Digitalisierung im Agrarsektor. Rolle des Bundes» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 19.3988) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Weltagrарberichtes des IAASTD. Fazit und Ausblick in Bezug auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UNO-Agenda 2030» (in Erfüllung des Po. Graf Maya 19.3855) am 17. Februar 2021 gutgeheissen. Der Bericht «Digitalisierung im Agrarsektor. Rolle des Bundes» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 19.3988) konnte noch nicht zur Beschlussfassung vorgelegt werden, da sich die Materie als sehr komplex erwies und die Arbeiten auf fachlicher Ebene mehr Zeit beanspruchten als angenommen.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1 Die Schweiz sorgt für zuverlässige und solid finanzierte Verkehrs- und IKT-Infrastrukturen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung über die Botschaft zum Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024–2027, zum Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen und zum Verpflichtungskredit eröffnet. ***

Der Bundesrat konnte die Vernehmlassung nicht wie geplant in Dezember 2021 eröffnen. Zusätzliche Abstimmungen haben zu einer leichten Verzögerung geführt.

- ▶ **Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen zur Auslagerung von Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen aus der Bundesverwaltung festgelegt.**

Der Bundesrat hat am 3. Dezember 2021 eine Aussprache geführt und sich gegen die Auslagerung des Nationalstrassengeschäfts entschieden. Stattdessen soll das Potential für Optimierungen der Gouvernanz und Wirtschaftlichkeit im Nationalstrassenwesen im Rahmen der bestehenden Strukturen ausgeschöpft werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat eine Aussprache zum Konzept einer fahrleistungsabhängigen Abgabe zur Ablösung der Mineralölsteuer geführt und über das weitere Vorgehen entschieden.**

Die Aussprache des Bundesrats zum Konzept einer fahrleistungsabhängigen Abgabe hat sich verzögert. Die Abklärung komplexer Fragen dauerte länger als geplant.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht Ausbau der internationalen Verbindung Zürich–München (in Erfüllung des Po. KVF-S 19.3006) zur Kenntnis genommen. ***

Der Bundesrat konnte den Bericht «Ausbau der internationalen Verbindung Zürich–München (in Erfüllung des Po. KVF-S 19.3006)» nicht wie geplant im Berichtsjahr zur Kenntnis nehmen. Zwar wurde eine durch das BAV beauftragte Studie als Grundlage zur Beantwortung des Postulats bereits abgeschlossen. Verzögerung entstand aber durch die Abhängigkeit zur Botschaft Zwischenbericht zum Stand der Ausbauprogramme Bahninfrastruktur, für welche zuerst die Vernehmlassung zu eröffnen sein wird.

- ▶ **Mit Verfügung für das Betriebsreglement 2017 am Flughafen Zürich sind weitere Sicherheitsmassnahmen am Flughafen Zürich um- als auch die neue zulässige Lärmbelastung festgesetzt.**

Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. September 2021 zum Betriebsreglement 2014 des Flughafens Zürich wirkt sich auf das Verfahren zum Betriebsreglement 2017 aus. Dieses muss sistiert werden; die Situation wird nun vertieft geprüft.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Objektblatt-Serie 16 des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 11. August 2021 die Serie 16 des SIL verabschiedet und damit Anpassungen bei den Objektblättern für den Flughafen Zürich, das Flugfeld Reichenbach sowie den Heliport Holziken vorgenommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Vorlage am 5. März 2021 verabschiedet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnungen zum Fernmeldegesetz bezüglich Sicherheit der Fernmeldenetze ist eröffnet. ***
Der Bundesrat hat am 3. Dezember 2021 das Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Fernmeldedienstverordnung (FDV; SR 784.101.1) eröffnet.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Nachhaltiges Mobilfunknetz» (in Erfüllung des Po. Häberli-Koller 19.4043) gutgeheissen. ***
Das UVEK hat den Bericht «Nachhaltiges Mobilfunknetz» zwecks Abstimmung mit der Teilrevision der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV; SR 814.710) verschoben.
- ▶ **Der Bundesrat hat mit Mobilität und Raum 2050 den Sachplan Verkehr, Teil Programm, verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat den Teil Programm des Sachplans Verkehr («Mobilität und Raum 2050») am 20. Oktober 2021 gutgeheissen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Mitfinanzierung der Umfahrung Oberburg verabschiedet.**
Der Bundesrat hat am 17. Februar 2021 die Botschaft zur Mitfinanzierung der Umfahrung Oberburg verabschiedet.
- ▶ **Der Prozess zur Prüfung der Agglomerationsprogramme der 4. Generation ist ausgelöst.**
Bis zum 15. September 2021 haben insgesamt 32 Agglomerationen ihre Agglomerationsprogramme der vierten Generation beim Bund eingereicht. Der Prozess zur Prüfung dieser Programme ist im Gang.

Ziel 2

Die Schweiz schafft Rahmenbedingungen für ein effizientes Gesamtverkehrssystem

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Velowege verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 19. Mai 2021 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes verabschiedet. ***
Die Botschaft wurde am 17. November 2021 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das europäische Globale Satellitennavigationssystem (GSA) verabschiedet.**
Die Verhandlungen sind seitens der EU vor dem Hintergrund der Gesamtbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU sistiert worden. Der Bundesrat konnte daher die Botschaft nicht verabschieden.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision der Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (VZV) und evtl. die Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (SKV) (in Erfüllung der Mo. Caroni 17.4317 «Fairere Verfahren im Strassenverkehr») verabschiedet.**
Der Bundesrat konnte die Revision dieser zwei Verordnungen nicht im Berichtsjahr verabschieden. Die Vernehmlassung ist abgeschlossen, aber die Durchführung erfolgte wegen anderer prioritärer Geschäfte verspätet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS) zur Umsetzung der Mo. Bourgeois 18.3420 «Kompensierung des Gewichts elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie» verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Verordnung am 17. Dezember 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision zur Anpassung der Chauffeurzulassungsverordnung (CZV) an die geänderte Richtlinie 2003/59/EG verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Verordnung am 10. Dezember 2021 verabschiedet.

- ▶ **Das Departement UVEK hat die Anhörung der Kantone zum Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse, 2. Auflage, durchgeführt.**

Aufgrund der inhaltlichen Verknüpfung hat das UVEK entschieden, die Anhörung des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse, 2. Auflage, erst im Anschluss zur Vernehmlassung über die Botschaft zum Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024–2027, zum Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen und zum Verpflichtungskredit durchzuführen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBG) im Rahmen der RPV-Reform (Reform des regionalen Personenverkehrs) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 4. Juni 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über den Umgang mit Mobilitätsdaten sowie eine nationale Dateninfrastruktur Mobilität verabschiedet. ***

Der Bundesrat konnte die Botschaft nicht verabschieden. Aufgrund substantieller inhaltlicher Ausweitungen im Nachgang zur Vernehmlassung ist eine neue Vernehmlassung durchzuführen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Marktordnung im Personenverkehr. Wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017?» (in Erfüllung des Po. Regazzi 14.3259) zur Kenntnis genommen.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 23. Juni 2021 zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht für einen erschwinglichen und gut eingespielten öffentlichen Verkehr (in Erfüllung des Po. Reynard 19.4199) zur Kenntnis genommen.**

Aufgrund von Verzögerungen im Projekt Grobkonzept Integriertes Tarifsysteem (GITA) der öV-Branche und bei der Behandlung der Botschaft zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes konnte der Bundesrat den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Umsetzung der Massnahmenpläne Multimodale Mobilität (mmM) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen ab 2022 entschieden.**

Der Bundesrat hat den Bericht nicht zur Kenntnis genommen, da er ihn gleichzeitig mit der Vernehmlassungseröffnung zum thematisch verknüpften Bundesgesetz über den Umgang mit Mobilitätsdaten behandeln und den Vorschlag für das weitere Vorgehen verabschieden wird.

- ▶ **Die Verkehrsperspektiven 2050 sind verabschiedet und zur Publikation freigegeben.**

Das UVEK hat die Verkehrsperspektive 2050 verabschiedet und am 16. November 2021 zur Publikation freigegeben.

Ziel 3

Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Stromversorgungsgesetzes und die Botschaft zur Revision des Energiegesetzes verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat am 18. Juni 2021 das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verabschiedet. Die Vorlage beinhaltet eine Revision des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Gasversorgungsgesetz verabschiedet. ***
Der Bundesrat konnte die Botschaft noch nicht verabschieden, da vor dem Hintergrund der klimapolitischen Ziele des Bundesrates das federführende Departement prüft, mit welchen Massnahmen die Gesetzesvorlage zu Fortschritten in den Bereichen erneuerbares Gas und thermische Netze beitragen kann.
- ▶ **Der Bundesrat hat nach Möglichkeit die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU verabschiedet. ***
Vor dem Hintergrund der Beendigung der Verhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU bleiben auch die Verhandlungen über ein Stromabkommen bis auf Weiteres sistiert.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Wasserrechtsgesetz eröffnet. ***
Das Parlament hat am 1. Oktober 2021 im Rahmen einer Änderung des Energiegesetzes das Wasserrechtsgesetz insofern angepasst, als die geltende Regelung zur Höhe des Wasserzinses neu nicht bis Ende 2024 sondern bis Ende 2030 gilt. Mit dem Entscheid vom 1. Oktober 2021 wurde die Vernehmlassung hinfällig.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision Sachplan Übertragungsleitungen beschlossen. ***
Die Anhörung zur Revision des Sachplans Übertragungsleitungen konnte erst am 30. November 2021 eröffnet werden, da sich die Arbeiten an der Revision des Sachplans komplexer gestalten und einen umfangreicheren Koordinationsbedarf auslösen als ursprünglich angenommen. Aufgrund dieser Verzögerung konnte der Bundesrat die Revision des Sachplans nicht beschliessen.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Szenariorahmen Stromnetzentwicklung eröffnet. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 24. November 2021 eröffnet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die revidierte Safeguardsverordnung in Kraft gesetzt.**
Der Bundesrat hat am 1. Juli 2021 die revidierte Safeguardsverordnung in Kraft gesetzt.

Ziel 4

Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend und fördert eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Wasserbaugesetzes verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung erst am 14. April 2021 eröffnen können. Aufgrund der Corona-Pandemie und weil sich die Vorarbeiten für die Gesetzesrevision als aufwendiger als erwartet erwiesen haben, konnte der Bundesrat die Botschaft nicht wie vorgesehen im Berichtsjahr verabschieden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes: Art. 32c, Art. 32d und Art. 32e im Bereich Altlasten verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes im Bereich Altlasten am 8. September 2021 eröffnet. Die Botschaft konnte vom Bundesrat nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden, da der Bereich Altlasten mit anderen Anpassungen des Umweltschutzgesetzes zusammengefasst wird.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Änderung des Umweltschutzgesetzes im Bereich Lärm eröffnet und die Botschaft dazu verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes im Bereich Lärm am 8. September 2021 eröffnet. Die Botschaft konnte vom Bundesrat nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden, da der Bereich Lärm mit anderen Anpassungen des Umweltschutzgesetzes zusammengefasst wird.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte «Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen» (in Erfüllung des Po. Noser 18.3509), «Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung» (in Erfüllung des Po. Chevalley 18.3829), «Kunststoffe in der Umwelt» (in Erfüllung der Po. Thorens Goumaz 18.3196, Munz 18.3496, Flach 19.3818, CVP-Fraktion 19.4355) und «Weniger Kehrrechtverbrennung mehr Recycling» (in Erfüllung des Po. Chevalley 19.4183) gutgeheissen. ***

Die Berichte «Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen» in Erfüllung des Postulates Noser 18.3509 und «Kunststoffe in der Umwelt» in Erfüllung der Postulate Thorens Goumaz 18.3196, Munz 18.3496, Flach 19.3818 und CVP-Fraktion 19.4355 konnten noch nicht abgeschlossen werden, da die aufgenommenen Arbeiten zur Kreislaufwirtschaft (Pa. Iv. UREK-N 20.433) zu berücksichtigen sind. Der Bericht «Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung» in Erfüllung des Postulates Chevalley 18.3829 konnte nicht wie geplant Ende des Berichtsjahres vom Bundesrat gutgeheissen werden. Die Ausarbeitung der Massnahmen des Aktionsplans gestaltet sich komplexer und löst einen umfangreichen Koordinationsbedarf aus. Der Bericht «Weniger Kehrrechtverbrennung mehr Recycling» in Erfüllung des Postulates Chevalley 19.4183 konnte aufgrund aufwändiger Grundlagenarbeiten noch nicht abgeschlossen werden.

- ▶ **Die Berichterstattung zu den Wirkungen des Zweitwohnungsgesetzes ist erfolgt. ***

Der Bundesrat hat die Wirkungsanalyse zum Zweitwohnungsgesetz (ZWG) am 12. Mai 2021 zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Mit dem Vorsitz der Alpenkonferenz 2021/2022 wird die alpenweite Zusammenarbeit im Umweltbereich, darunter im Klimaschutz und in der Klimaanpassung gestärkt.**

Die alpenweite Zusammenarbeit konnte wie geplant umgesetzt und gestärkt werden, dies insbesondere mit gemeinsamen Projekten zur klimafreundlichen Mobilität (Yoalin), zum nachhaltigen Bauen und Sanieren in den Alpen (Constructive Alps) oder zu alpenweiten, lokalen Klimaveranstaltungen (Klimastunde). Zudem wurde 2021 ein gemeinsamer Aktionsplan der Alpenstaaten vorbereitet, um die Dekarbonisierung im Verkehrsbereich voranzubringen.

Ziel 5

Bevölkerung und Wirtschaft verfügen über vielfältige, preiswerte sowie konkurrenzfähige Fernmelde- und Postdienste und ein vielfältiges Mediensystem stellt die demokratische Meinungs- und Willensbildung sicher.

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien verabschiedet. ***

Gegen das Massnahmenpaket zugunsten der Medien ist das Referendum ergriffen worden. Der Bundesrat konnte deshalb noch keine Ausführungsbestimmungen dazu verabschieden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Schweizerische Gouvernanz von Intermediären» zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen beraten. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Intermediäre und Kommunikationsplattformen» am 17. November 2021 zur Kenntnis genommen und das UVEK beauftragt, eine Auslegeordnung zum regulatorischen Handlungsbedarf auszuarbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Zur längerfristigen Weiterentwicklung des Zugangs zu Dienstleistungen der postalischen Grundversorgung» (in Erfüllung des Po. KVF-N 19.3532) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 31. März 2021 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Postorganisationsgesetzes am 30. Juni 2021 verabschiedet.

Ziel 6

Die Schweiz setzt sich national und international für eine wirksame Umweltpolitik ein und leistet ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur Erhaltung der Biodiversität

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes (Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten) verabschiedet. ***

Die Botschaft zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes (Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten) konnte vom Bundesrat nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden, da die Arbeiten zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» zu berücksichtigen sind.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Gentechnikgesetzes (GTG) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Gentechnikgesetzes (GTG) am 30. Juni 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung der Ausführungsbestimmungen des totalrevidierten CO₂-Gesetzes eröffnet und die Ausführungsbestimmungen erlassen. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung der Ausführungsbestimmungen des totalrevidierten CO₂-Gesetzes am 14. April 2021 eröffnet. Er hat die Ausführungsbestimmungen nicht erlassen, da das totalrevidierte CO₂-Gesetz am 13. Juni 2021 von der Stimmbevölkerung abgelehnt wurde.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für die COP Klima im November 2021 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für die COP Klima am 11. August 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für die COP Biodiversität (welche voraussichtlich im Herbst 2021 stattfindet) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für die COP Biodiversität am 24. September 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und den Aktionsplan verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und den Aktionsplan für die Jahre 2021–2023 am 23. Juni 2021 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte «Kohlenstoffsequestrierung in Böden» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 19.3639), «Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement» (in Erfüllung des Po. Rieders 18.3610), «Nachhaltigkeit fördern dank zeitgemässen Anlagerichtlinien» (in Erfüllung des Po. UREK-S 19.3950), «Klimaverträgliche Ausrichtung und Verstärkung der Transparenz der Finanzmittelflüsse in Umsetzung des Übereinkommens von Paris» (in Erfüllung des Po. UREK-S 19.3966), «Der Verkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten» (in Erfüllung des Po. UREK-S 19.3949) gutgeheissen und «Zeitgemässe und zukunftsgerichtete Erhebung der Umweltauswirkungen von Personenwagen» (in Erfüllung des Po. Grossen 19.3374). ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Klimaverträgliche Ausrichtung und Verstärkung der Transparenz der Finanzmittelflüsse in Umsetzung des Übereinkommens von Paris» in Erfüllung des Postulates UREK-S 19.3966 am 17. November 2021 gutgeheissen. Der Bundesrat konnte den Bericht «Nachhaltigkeit fördern dank zeitgemässen Anlagerichtlinien» in Erfüllung des Postulates UREK-S 19.3950 nicht gutheissen, da der Bericht im Rahmen eines Forschungsprojektes behandelt wird, welches aktuell noch nicht abgeschlossen ist. Die Berichte «Kohlenstoffsequestrierung in Böden» in Erfüllung des Postulates 19.3639 Bourgeois, «Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement» in Erfüllung des Postulates Rieder 18.3610 sowie der Fachbericht in Erfüllung des Postulates Grossen 19.3374 konnten aufgrund aufwändiger Grundlagenarbeiten noch nicht abgeschlossen werden. Der Bericht «Der Verkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten» in Erfüllung des Postulates UREK-S 19.3949 konnte noch nicht gutgeheissen werden. Das Postulat verlangt einen Bericht aufbauend auf den Massnahmen, die in der Totalrevision des CO₂-Gesetzes vorgesehen waren. Aufgrund der Ablehnung der Totalrevision vom 13. Juni 2021 hat sich die Ausgangslage geändert.

- ▶ **Der Bundesrat hat den ersten Umweltbericht der Bundesverwaltung mit dem Stand der Umsetzung des Klimapakets Bundesverwaltung zur Kenntnis genommen.**

Der Bundesrat nahm den ersten Umweltbericht der Bundesverwaltung mit dem Stand der Umsetzung des Klimapakets Bundesverwaltung am 13. Oktober 2021 zur Kenntnis.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscherinitiative)» und die Botschaft zur Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscherinitiative)» am 11. August 2021 verabschiedet. Die Botschaft zur Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» wurde vom Bundesrat noch nicht verabschiedet, da er einen indirekten Gegenvorschlag beschlossen und dazu eine Vernehmlassung durchgeführt hat.